



# Stabilität – Solidarität – Sicherheit

39. Klausurtagung der CSU-Landesgruppe in Wildbad Kreuth  
vom 7. bis 9. Januar 2015

# Inhalt

4	„Gerda Hasselfeldt: „Impulsgeber für Deutschland“	42	Beschluss: Keine Toleranz gegenüber islamistischem Terrorismus – Bedrohungen entschlossen begegnen
8	Horst Seehofer: „Zusammenhalt, Durchhaltevermögen und Begeisterung“	45	Beschluss: Kampf gegen den islamistischen Terror konsequent fortsetzen
10	Jens Stoltenberg: „Sicherheit ist die Grundlage unserer Freiheit“	48	Beschluss: Organisierte Kriminalität effektiv bekämpfen
12	Pawlo Klimkin: „Eine wirkliche Einigung Europas ist unerlässlich“	56	Beschluss: Starke Wirtschaft – starkes Bayern
14	Prof. Dr. Vittorio Hösle: „Menschenrechte sind der letzte moralische Grund des Staates“	66	Beschluss: Reform von Erbschaftsteuer und Grundsteuer – für einen gesicherten Generationenübergang und gegen Steuererhöhungen
16	Dr. Thomas de Maizière: „Flüchtlingspolitik beginnt nicht an den europäischen oder deutschen Grenzen“	70	Beschluss: Berufliche Bildung fördern – Fundament unserer Wirtschaft stärken
18	Hans Peter Wollseifer: „Ausbildung hat goldenen Boden“	76	Beschluss: Schnelles Internet für Stadt und Land
20	Margret Suckale: „Energie ist zu einem Standortfaktor geworden“	82	Die 56 CSU-Abgeordneten der 18. Wahlperiode
22	Günther H. Oettinger: „Daten sind die Währung der Zukunft“	84	Impressum
26	Beschluss: Deutschland – verlässlicher Bündnispartner		
34	Beschluss: Für eine klare und ausgewogene Asylpolitik		

Gerda Hasselfeldt MdB,  
Politischer Bericht der Vorsitzenden der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag



# „Impulsgeber für Deutschland“

Die CSU ist die Stimme der Vernunft in der Koalition und Impulsgeber für Deutschland. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt ist hervorragend: Heute sind knapp 43 Millionen Menschen in Arbeit – so viele wie nie zuvor. Die Konjunktur ist stabil. Die Einkommen steigen. Die Menschen sind zuversichtlich und vertrauen weiß-blauer Politik – in Bayern und im Bund. Das ist Auftrag und Verpflichtung. Die CSU-Landesgruppe setzt dabei auf drei zentrale Botschaften: Sicherheit, Stabilität und Solidarität.

Erstens: Die CSU ist die Partei der inneren und äußeren Sicherheit. Die Anschläge von Paris galten der französischen Gesellschaft. Aber sie sind auch ein Anschlag auf unsere Freiheit. Unsere Antwort ist entschlossen, aber auch besonnen: Soviel Freiheit wie möglich, soviel Sicherheit wie nötig. Wir brauchen intensivere Kontrollen an den EU-Außengrenzen und einen besseren Informationsaustausch innerhalb der EU und mit der Türkei. Das Fluggastabkommen muss jetzt kommen. Wir müs-

sen nicht nur die finanzielle Unterstützung des Terrors, sondern auch die Sympathiewerbung wieder unter Strafe stellen. Und wir müssen die Mindestspeicherung von Verbindungsdaten neu regeln. Wir wollen und werden auch noch entschlossener gegen jede Form von Kriminalität vorgehen. Dazu müssen wir die Strafverfolgung durch grenzüberschreitende Ermittlungsteams ausweiten. Zudem muss der Wohnungseinbruchsdiebstahl Aufnahme in den Katalog der „schweren Straftaten“ finden.

Die geänderte weltpolitische Lage stellt Deutschland vor neue Herausforderungen. Unsere Soldaten brauchen eine gute Ausrüstung. Jeder Cent des Wehretats muss auch in die Bundeswehr investiert werden. Wir brauchen das Knowhow unserer wehrtechnischen Industrie in Deutschland. Und es ist gut und richtig, dass das neue Weißbuch nun kommt.

Zweitens: Wir sind die Partei der Stabilität. Verlässliche Rahmenbedingungen sind

den Menschen wichtiger denn je. Gerade auch in Europa. Wir haben mit dem ESM, dem Fiskalpakt, mit der Bankenunion und dem neuen Investitionsprogramm die Weichen richtig gestellt. Wir brauchen jetzt die Revitalisierung des Stabilitätspakts, eine glaubwürdige Fiskalpolitik, Haushaltsdisziplin und Strukturreformen in Europa. Das gilt auch für Griechenland – unabhängig vom Regierungswechsel. Unser Kurs war und ist richtig. Unterstützung nur gegen Auflagen, Solidarität nur gegen Solidität, Hilfe nur gegen Reformen. Europa muss eine Stabilitätsunion bleiben und darf keine Schuldenunion werden.

Arbeit ist die Grundlage unseres Wohlstands. Dafür brauchen auch die Unternehmen Verlässlichkeit. Das heißt: keine weitere Regulierung des Arbeitsmarkts, keine weiteren Belastungen für die Unternehmen und dafür Sicherung unseres Fachkräftebedarfs mit einer starken beruflichen Bildung. Das Zehn-Milliarden-Euro-Investitionsprogramm darf nicht nach dem Gießkannenprinzip verteilt werden.

Wir müssen damit in die Zukunft des Landes investieren: in die Infrastruktur, den Breitbandausbau und in die energetische Gebäudesanierung.

Verlässlichkeit erwarten die Menschen auch bei der Steuer. Die CSU lehnt jede Steuererhöhung ab, auch bei der Reform der Erbschaft- und Grundsteuer. Wir müssen alle Spielräume der Verschonungsregelungen ausschöpfen. Die Reform der Erbschaftsteuer darf nicht dazu führen, dass manche Länder damit ihre maroden Haushalte sanieren. Kein Arbeitsplatz darf verloren gehen. Bayern hat im Bundesrat als einziges Land bei der Grundsteuer gegen die Besteuerung nach Verkehrswert gestimmt. Bei dieser Linie bleibt es.

Leistung muss sich lohnen. Deshalb muss auch die Abmilderung der kalten Progression zum 1. Januar 2017 kommen und dieses Jahr der Durchbruch zu einem gerechteren Länderfinanzausgleich erreicht werden.

Drittens: Wir leben Solidarität. Wir haben das Betreuungsgeld durchgesetzt und die Mütterrente eingeführt. Das ist ein Meilenstein für Deutschlands Familien. Wir haben die Pflegereform auf den Weg gebracht und verbessern mit dem Bundesteilhabegesetz die Situation für Menschen mit Behinderung.

Wir sind solidarisch mit der Ukraine. Es geht dabei auch darum, die territoriale Integrität und das Selbstbestimmungsrecht der Staaten zu wahren. Aber eine Lösung ist nur mit Russland möglich. Ein Beitritt der Ukraine in die EU und in die NATO steht derzeit nicht zur Debatte.

Deutschland und Bayern leisten Großartiges bei der Bewältigung der größten Flüchtlingskatastrophe seit dem Zweiten Weltkrieg. Auch hier ist Gerechtigkeit die Basis der Solidarität. Wer verfolgt wird, findet in Deutschland Hilfe. Wem aber kein Aufenthaltsrecht zusteht, der muss Deutschland zügig wieder verlassen. Unser Land muss sich um die kümmern können, die unsere Hilfe wirklich brauchen.

Deshalb haben wir durchgesetzt, dass die Stellen im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge aufgestockt werden und Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina sichere Herkunftsstaaten wurden. Wir setzen uns zudem für Schnellverfahren nach Schweizer Vorbild ein. Unbegleitete Minderjährige sollen hingegen bis zum Ende ihrer Ausbildung bleiben können. Getroffene Vereinbarungen in der Europäischen Union müssen eingehalten werden. Wenn dagegen verstoßen wird, muss der Schengen Mechanismus greifen und ein Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet werden.

2014 war ein erfolgreiches Jahr für die CSU. Daran wollen wir 2015 anknüpfen. Wir haben die richtigen Antworten auf die Herausforderungen unserer Tage. Packen wir es an!



Vorsitzende der CSU-Landesgruppe  
im Deutschen Bundestag

Horst Seehofer MdL,  
Politischer Bericht des Vorsitzenden der Christlich-Sozialen Union und  
des bayerischen Ministerpräsidenten



## „Zusammenhalt, Durchhaltevermögen und Begeisterung“

„Deutschland, Bayern und die CSU stehen zu Jahresbeginn gut da“, sagte der CSU-Parteivorsitzende und bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer in Kreuth. 2015 sei inhaltlich ein wichtiges Jahr der Legislaturperiode, machte Seehofer deutlich. Die CSU brauche deshalb auch 2015 einen Dreiklang aus Zusammenhalt, Durchhaltevermögen und Begeisterung. Die Menschen müssten erleben, dass die CSU leidenschaftlich für ihre Anliegen eintritt. Auch in Zukunft gehe es darum, die Wirtschaft zu stärken, Arbeitsplätze zu sichern und für stabile Finanzen zu sorgen. Oberstes Credo der CSU sei dabei weiterhin: keine neuen Schulden und keine Steuererhöhungen. Dies gelte auch für die Reform der Erbschaftsteuer und für die Verhandlungen zu den Bund-Länder-Finanzen. Hier werde Bayern einer Vereinbarung nur bei spürbaren Entlastungen beim Länderfinanzausgleich zustimmen. Seehofer betonte, dass vor allem „Investitionen in das Land“ wichtig seien. Das angekündigte Zehn-Milliarden-Euro-Investitionsprogramm des Bundes sehe er positiv. Bei der Verteilung des Geldes müsse man aber ganz genau hinschauen, so Seehofer.

Die CSU stehe auch für eine ausgewogene Flüchtlingspolitik. Dazu gehöre, dass unbegleitete Jugendliche so schnell wie möglich die deutsche Sprache und einen Beruf erlernten. Das Bleiberecht solle dann solange gelten, bis die Ausbildung abgeschlossen ist, betonte Seehofer. Dies sei im Sinne der deutschen Wirtschaft und des Handwerks. Jedoch müsse geltendes Recht eingehalten werden – zum Beispiel durch eine schnellere Rückführung abgelehnter Asylbewerber. Wichtig sei auch eine gerechtere Verteilung der Flüchtlinge in Europa. Zudem müsse Hilfe in den Ländern vor Ort geleistet werden, damit die Menschen ihre Heimat nicht verlassen müssen, so Seehofer.



Jens Stoltenberg,  
NATO-Generalsekretär, in Kreuth:



# „Sicherheit ist die Grundlage unserer Freiheit“

„Wir sind wachsam und stehen fest, um unsere Werte zu verteidigen“, sagte NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg in Wildbad Kreuth – einen Tag nach den Anschlägen auf die französische Satirezeitung „Charlie Hebdo“ in Paris. Gemeinsam müsse man für den Frieden und die Freiheit einstehen. „Sicherheit ist die Grundlage unserer Freiheit.“

Die NATO als Sicherheitsverbund stehe vor neuen Herausforderungen, merkte Stoltenberg an und nannte die Ukraine-Russland-Krise, den IS-Terror im Irak und in Syrien, die Gewalt in Nordafrika sowie den Extremismus in Europa. Es gehe darum, Stabilität in den NATO-Nachbarländern zu schaffen. Dabei forderte er verstärkte Hilfe zur Selbsthilfe. Er unterstrich zugleich, dass die Beziehungen zu Russland aufrechterhalten werden müssten.

Im Gespräch mit den CSU-Bundestagsabgeordneten hob der NATO-Generalsekretär Deutschlands Rolle als Schlüsselnation im Verteidigungsbündnis hervor und lobte das deutsche Engagement in der „NATO Response Force“, der effizienten NATO-Eingreiftruppe.

Die Forderung der CSU-Landesgruppe, die Verteidigungsausgaben maßvoll zu erhöhen, teilte Stoltenberg. Der NATO-Generalsekretär machte deutlich, dass Effizienzsteigerungen sowohl bei den Mitgliedstaaten als auch bei der Allianz insgesamt nötig seien. Denn die zunehmenden sicherheitspolitischen Aufgaben könnten nicht mit immer weniger finanziellen Mitteln gelöst werden. Man benötige Investitionen in die Sicherheit, so Stoltenberg. Die NATO müsse weiter stark und schnell einsatzfähig sein. Friedenserhaltung sei auch immer Friedensgestaltung, sagte der Nato-Generalsekretär.

Pawlo Klimkin,  
Außenminister der Ukraine, in Kreuth:



## „Eine wirkliche Einigung Europas ist unerlässlich“

„Es war eine sehr ernsthafte und intensive Diskussion“, sagte die Vorsitzende der CSU-Landesgruppe, Gerda Hasselfeldt, nach dem Gespräch mit dem ukrainischen Außenminister, Pawlo Klimkin. Dieser machte deutlich, dass es keineswegs die Absicht der Ukraine gewesen sei, einen Wendepunkt in der europäischen Geschichte einzuleiten.

Die Ukrainer hätten lediglich die Assoziierung mit der Europäischen Union (EU) und die Anlehnung an europäische Werte gewollt. Es gehe zum jetzigen Zeitpunkt nicht um eine NATO-Mitgliedschaft, sagte Klimkin in Kreuth. Aus der großen Enttäuschung über die Nichtunterzeichnung des Assoziierungsabkommen sei die Maidan-Bewegung entstanden. Eine Annäherung der Ukraine an die EU sei in seinen Augen keine Niederlage Russlands.

Jetzt stehe die Ukraine vor zwei Herausforderungen: die Gestaltung des Friedensprozesses und die Annäherung an die EU. Für ersteres gibt es einen eindeutigen Friedensplan: Die hart ausverhandelten Vereinbarungen von Minsk müssten nun auch umgesetzt werden, so Klimkin.

In dem Gespräch mit der CSU-Landesgruppe hob der Außenminister hervor, dass die Ukraine Unterstützung für Reformen benötige – gerade auch aus Deutschland. Bayerische und ukrainische Kommunen und Städte könnten dazu ihre Zusammenarbeit ausbauen.

„Eine wirkliche Einigung Europas ist unerlässlich“, unterstrich Klimkin und ergänzte, sie könnte in der Zukunft gegebenenfalls auch Russland mit einbeziehen.

Professor Dr. Vittorio Hösle,  
Kamingespräch zu Politik und Moral:



# „Menschenrechte sind der letzte moralische Grund des Staates“

Politik ohne Moral sei bestenfalls die Pflege von Eitelkeiten, machte Professor Dr. Vittorio Hösle beim Kamingespräch in Wildbad Kreuth deutlich und berichtete von den Erfahrungen seines zurückliegenden China-Aufenthaltes. Eine der größten Herausforderungen sei dort die Korruption, die seit einigen Jahren entschieden bekämpft werde. Das Beispiel zeige, dass die Modernisierung, zu der der Abbau tradierter Tugenden gehöre, gleichzeitig der Moral bedürfe. In China werde dies in Gestalt einer Wiederbelebung des Konfuzianismus beschworen.

In dem Gespräch mit den CSU-Abgeordneten betonte Professor Hösle, dass der Euro und die europäische Einigung historische Leistungen seien, die viele Länder beeindruckt hätten. „Aber Europa ist kein Selbstläufer“, so Hösle weiter. Deshalb sei es nun an der Zeit, die Europäische Union mit neuen Visionen zu füllen.

Die Freihandelsabkommen mit Kanada und den USA müssten deswegen vorangetrieben werden, weil die zunehmende pazifische Orientierung der USA ansonsten Europa von der westlichen Führungsmacht abzukoppeln drohe. Zentral sei aber auch die Globalisierung von sozialen und ökologischen Standards.

Eine weitere Herausforderung Europas liege im Nahen Osten, betonte Hösle. Der Islam müsse den modernen Universalismus akzeptieren und das Gewaltmonopol des Rechtsstaats anerkennen – dann sei er keine Bedrohung. „Nicht eine bestimmte Religion, sondern die Menschenrechte sind der letzte moralische Grund des Staates“, sagte Hösle in Wildbad Kreuth.

Dr. Thomas de Maizière,  
Bundesminister des Innern, in Kreuth:



## „Flüchtlingspolitik beginnt nicht an den europäischen oder deutschen Grenzen“

Die Terror-Anschläge von Paris dürften nicht zu hektischem Aktionismus führen, warnte Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière. Vielmehr sei Konsens und Nachdruck notwendig, um die eingeschlagene Strategie weiter zu verfolgen. De Maizière sprach sich wie zuvor die CSU-Landesgruppe neben der Änderung des Personalausweisgesetzes für ein Verbot von Sympathiewerbung und für eine Wiedereinführung der sogenannten Vorratsdatenspeicherung aus. Die Anschläge von Paris zeigten die Dringlichkeit dieser Maßnahmen.

Der Bundesminister befürwortete auch schnellere Entscheidungen bei Asylverfahren. Es sei für die Asylbewerber selbst wichtig, möglichst frühzeitig zu wissen, ob sie in Deutschland bleiben können oder nicht.

Die Abgeordneten der CSU unterstrichen, dass Asylanträge von Syrern und Irakern schneller positiv entschieden werden müssten. Asylbewerber aus sicheren Herkunftsländern, denen kein Aufenthaltsrecht zusteht, sollten indes innerhalb weniger Wochen abgeschoben werden. Für eine schnelle Rückführung solle künftig eine zentrale Koordinierungsstelle sorgen.

„Flüchtlingspolitik“, sagte Minister de Maizière, „beginnt nicht an den europäischen oder an den deutschen Grenzen, sondern in den Herkunftsländern.“ Die Bundesregierung verfolge bei der Migrationspolitik einen ganzheitlichen Ansatz. Von der Flüchtlingsaufnahme ist jedoch die Zuwanderung von Fachkräften zu trennen, unterstrich de Maizière. Deutschland benötige selbstverständlich Fachkräfte. Er lobte die CSU-Landesgruppe, die im vergangenen Jahr die Armutsmigration nach Deutschland auf die politische Tagesordnung setzte.



Hans Peter Wollseifer,  
Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks (ZDH), in Kreuth:



## „Ausbildung hat goldenen Boden“

Die Zahlen für das Jahr 2014 sind gut: Allein im Handwerk soll es bis zu 25.000 Arbeitsplätze zusätzlich gegeben haben. Die Prognose für dieses Jahr sei aber bei weitem nicht so rosig, erklärte Hans Peter Wollseifer bei seinem Gespräch mit den CSU-Bundestagsabgeordneten in Kreuth. Internationale Krisen, aber auch innenpolitische Entscheidungen, seien die Gründe dafür. Als Beispiel nannte Wollseifer die Rente mit 63, sowie den Mindestlohn mit seinen Dokumentationspflichten. „Es ist deshalb höchste Zeit für ein Jahr der Wirtschaft“, so der Präsident des Zentralverbandes des deutschen Handwerks. Das Handwerk denke nicht kurzfristig, sondern benötige langfristige Lösungen.

Nun sei es gerade im Handwerk eine Herausforderung dem Mangel an Fachkräften zu begegnen – zumal sich immer mehr junge Menschen für ein Studium und gegen eine berufliche Ausbildung entscheiden. Bereits 2025 würden zudem aufgrund der demografischen Entwicklung 100.000 Schulabgänger fehlen. Beides treffe das duale Ausbildungssystem. Dabei sei gerade dieses der Grund, warum Deutschland eine so geringe Jugendarbeitslosigkeit habe, so Wollseifer. Er ergänzte: „Ausbildung hat goldenen Boden.“ Es sei deshalb wichtig, eine Bildungsinitiative zwischen Handwerk und Politik ins Leben zu rufen. Diese solle die Berufsorientierung stärken, Studiaussteigern eine neue Perspektive aufzeigen, Verbesserungen bei der Meisterfortbildung beinhalten und vor allem das duale Abitur, welches eine Berufsausbildung einschließt, attraktiver machen. Das Handwerk sei zudem der stärkste Ausbilder für junge Leute mit geringen Qualifikationen. Somit gebe man diesen eine nachhaltige Perspektive.

Margret Suckale,  
Präsidentin des Arbeitgeberverbandes Chemie, in Kreuth:



## „Energie ist zu einem Standortfaktor geworden“

Wenn die Industrie in Deutschland weiter in diesem Umfang bestehen soll, bedürfe es bestimmter Rahmenbedingungen. Dies unterstrich Margret Suckale, Präsidentin des Chemiearbeitgeberverbandes und Vorstandsmitglied bei der BASF. Umso wichtiger sei deshalb der Dialog mit der Politik, denn diese gebe mit ihren Entscheidungen die Richtung vor.

Im Gespräch mit der CSU-Landesgruppe thematisierte Suckale verschiedene Punkte – von der Energiewende und dem Fracking über Zeitarbeit und Werkverträge bis hin zum Fachkräftemangel, dem nun dringend mit Lösungen begegnet werden müsse. Bei der BASF habe man aus diesem Grund eine Ausbildungsreserve aufgebaut, um der demografischen Entwicklung entgegen zu wirken. Damit ältere Arbeitnehmer außerdem länger im Unternehmen bleiben, sollten versicherungsrechtliche Anreize geschaffen werden. Dies allein reiche jedoch nicht. Ein bewährtes Instrument für mehr Flexibilität sei für Suckale auch die Zeitarbeit.

Neben qualifizierten Fachkräften sei ein enger Kontakt zu den Kunden sowie zur Wissenschaft und Forschung wichtig. Deutschland müsse sich als technologiefreundliches Land präsentieren und auf die Themen Fracking und Nanotechnologie vorbehaltloser zugehen. Denn neue Technologien ließen sich nur erfolgreich exportieren, wenn man sie auch selbst nutze, so Suckale.

Auch die Energiewende sei eine enorme Herausforderung. Denn insbesondere die chemische Industrie sei sehr energieintensiv. „Energie ist deshalb zu einem wichtigen Standortfaktor geworden.“

Günther H. Oettinger,  
EU-Kommissar für Digitale Wirtschaft und Gesellschaft, in Kreuth:



## „Daten sind die Währung der Zukunft“

„Wir stehen mit der Digitalisierung vor einer Revolution unserer Wirtschaft“, sagte EU-Kommissar Günther H. Oettinger in Kreuth und ergänzte: „Wir haben aber noch einen Rückstand von etwa fünf Jahren aufzuholen.“ Europa sei dabei zwar auf einem guten Weg, aber längst nicht am Ziel.

Besonders wichtig sei die Digitalisierung für den ländlichen Raum. „Ohne eine schnelle Breitbandverbindung hat ein Dorf keine Zukunft.“ Bayern sei mit seinem 1,5-Milliarden-Euro-Programm für den Breitbandausbau mustergültig, so der EU-Kommissar für Digitale Wirtschaft und Gesellschaft.

Eines jedoch unterstrich Oettinger: Das Thema Digitales müsse als Ganzes aus europäischer Perspektive behandelt werden – nur dann könne man gegenüber Amerika und anderen internationalen Wettbewerbern bestehen. Beispielsweise benötige Deutschland einen europäischen Datenschutz. Anderenfalls würden die Unternehmen mit ihren Daten in das Land innerhalb Europas gehen, welches die geringsten Schutzregelungen habe.

„Daten sind die Währung der Zukunft“, betonte Oettinger in Kreuth. Deshalb brauche man nun einen Ruck durch die Gesellschaft. Es sei wichtig, das Investitionsprogramm der EU-Kommission für Infrastruktur zu nutzen.

2015 sei ohnehin das Jahr der Entscheidungen, so Oettinger. Auch das Freihandelsabkommen mit Amerika stehe auf der Tagesordnung und sei richtungsweisend. Denn die USA würden ähnliche Verträge mit anderen wichtigen Wirtschaftsregionen abschließen, dem dürfe Europa – und nicht zuletzt Deutschland als exportstarkes Land – in nichts nachstehen.



Die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag  
Klausurtagung in Wildbad Kreuth, 7. bis 9. Januar 2015

## Die Beschlüsse im Einzelnen





# Beschluss: Deutschland – verlässlicher Bündnispartner

Weltweit wachsen die Herausforderungen an die Politik: Wirtschaftliche und politische Krisen und langfristige globale Aufgaben wie Klimaschutz, Kampf gegen Hunger, Armut und Krankheit erfordern ein konzertiertes Vorgehen der Weltgemeinschaft. Deutschland als wirtschaftlich starkes, stabiles Land ist ein gefragter Partner, wenn es um die Bewältigung dieser vielfältigen Aufgaben geht. Deutschland stellt sich seiner gestiegenen internationalen Verantwortung. Zu Recht bleibt unser Handeln aber immer eingebunden in europäische oder multilaterale Entscheidungsstrukturen. Wichtigster Anker ist unsere Mitgliedschaft in der Europäischen Union (EU) und in der NATO. Diese Bündnisse sichern unsere Freiheit und unseren Wohlstand. Wichtige außenpolitische Entscheidungen treffen wir in engem Schulterschluss mit unseren europäischen und transatlantischen Partnern.

## Gemeinsames Eintreten für Freiheit und Menschenrechte

Unser außenpolitisches Handeln im Bündnis ist verlässlich, weil es einem klaren Kompass folgt. Deutschland ist ein weltoffenes Industrie- und Handelsland und vielfältig global engagiert. Die Bewahrung einer freien und offenen internationalen Ordnung ist für unsere Freiheit und unseren Wohlstand von zentraler Bedeutung. Wir tragen Verantwortung dafür, diese Weltordnung und ihre Regeln und Institutionen zu erhalten. Auch unser christliches Menschenbild trägt uns auf, engagiert für die Freiheit und die Achtung der Menschenwürde einzutreten. Die Krisen in der Ukraine und im Nahen Osten erschüttern Fundamente der Nachkriegsordnung. Für die CSU-Landesgruppe ist klar:

- ◆ Die Achtung des Völkerrechts und die territoriale Integrität von Staaten dürfen nicht in Frage gestellt werden. Die Annexion der Krim ist ein Völkerrechtsbruch und wird von uns nicht anerkannt. Das Minsker Abkommen zur Ostukraine muss endlich umgesetzt werden.

- ◆ Die notwendigen Gespräche mit Russland zur Lösung des Ukraine-Konflikts führen wir in klarer Bündnisorientierung – als Vertreter der gemeinsamen Linie von EU und NATO. Wir unterstützen die OSZE, der eine entscheidende Rolle als Brückenelement zur Verständigung zukommt.
- ◆ Ein gutes Verhältnis zu Russland ist zur Lösung vieler globaler Probleme unerlässlich. Eine Verständigung darf aber nicht um den Preis einer Aufgabe wesentlicher Werte erfolgen, auf denen unsere Bündnisse beruhen: Zu große Nachgiebigkeit macht uns unglaubwürdig – gerade bei Menschen, die für unsere Werte Freiheit oder Leben riskieren.
- ◆ In EU und NATO stehen wir einig und solidarisch zusammen und lassen uns weder provozieren noch spalten. Wir halten am Weg der spürbaren, gezielten Sanktionen fest, die verschärft, aber auch aufgehoben werden können. Statt im Stil des Kalten Krieges militärisch zu drohen, sollte Russland deeskalieren und global mit dem Westen kooperieren.

Wir stehen hinter dem Vorgehen unserer NATO-Partner und anderer Staaten gegen den sogenannten „Islamischen Staat“ (IS). Dem barbarischen Wüten der Terrormiliz im Irak und Syrien durfte nicht mehr tatenlos zugeschaut werden. Wir können die Menschen in der Region – insbesondere religiöse und ethnische Minderheiten – nicht allein lassen und dem IS ausliefern.

- ◆ Vorrangige Bedeutung kommt der Hilfe für die Flüchtlinge im Irak, in Syrien und in den Anrainerstaaten zu. Hier hat Deutschland schon Hilfsleistungen in großem Umfang erbracht. Weitere Anstrengungen auch von Seiten der EU sind aber nötig.
- ◆ Es war richtig, dass Deutschland beschlossen hat, den Verteidigern Irakisch-Kurdistan auch Waffen und Munition zu liefern, um den Vormarsch des IS aufzuhalten. Waffenlieferungen können in Ausnahmesituationen eine erforderliche Nothilfemaßnahme darstellen. Um nachhaltig zu helfen, sollten wir auch eine effektive Ausbildung der Verteidiger sicherstellen.
- ◆ Neben kurzfristigem Krisenmanagement braucht der Nahe Osten aber auch mittel- und langfristige Perspektiven. Dazu dient unser umfassendes Engagement der Entwicklungszusammenarbeit. Die politischen Stiftungen tragen dazu bei, dass Ansätze demokratischer Kultur und offener Gesellschaften gestützt werden und sich Resistenzen gegen Islamismus und autoritäre Strukturen bilden. Erfolgreiche, moderne arabische Gesellschaften entziehen den Extremisten den Nährboden und sind wertvolle Partner für Europa.

## Europäische Union – einig und stark nach außen

Die aktuelle Weltlage macht den Wert der europäischen Einigung jeden Tag deutlich: Krisen und globale Zukunftsherausforderungen können wir als Europäer nur gemeinsam meistern. Um Sicherheit und Frieden in Europa und der Welt voranzubringen, brauchen wir eine aktive Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), in der alle 28 Mitglieder an einem Strang ziehen. Die CSU-Landesgruppe will eine einige und starke EU:

- ◆ Im Ukraine-Konflikt ist die Geschlossenheit bislang Europas größter Trumpf. Es liegt im deutschen Interesse, Einigkeit und Konsens in der EU zu befördern und dazu auch die kleineren und mittleren Mitgliedstaaten in die Entscheidungsfindung eng einzubeziehen. Nur wenn sie mit einer Stimme spricht, wird die EU auf internationaler Ebene gehört.
- ◆ In der Politik der Östlichen Partnerschaft muss die EU mit Augenmaß vorgehen. Wir werden keiner Lösung zustimmen, die das Selbstbestimmungsrecht und den Freiheitswillen der osteuropäischen Länder negiert und Russland ein Vetorecht hinsichtlich der europäischen Orientierung dieser Länder einräumt. Der Euromaidan stand für den Wunsch nach politischen Reformen in der Ukraine und für eine europäische Perspektive.
- ◆ Die Assoziierung der Ukraine sowie Georgiens und Moldaus mit der EU verdient Unterstützung. Die Frage eines EU-Beitritts stellt sich derzeit aber nicht. Wirtschaftlicher Aufschwung und rechtsstaatliche Reformen sind das beste Mittel gegen separatistische Tendenzen. Die Assoziierung sollte in der Umsetzung so ausgestaltet werden, dass Betroffenen möglichst wenige Nachteile im Handelsverkehr mit Russland entstehen.
- ◆ Der Freihandel muss weltweit vorankommen. Er muss auf fairen Standards aufbauen. Wir unterstützen daher auch Gespräche zwischen EU und Eurasischer Union, um Handelsschranken zwischen beiden abzubauen.
- ◆ Beim Abschluss von Freihandelsabkommen mit Kanada und den USA sollten wir trotz Bedenken in Einzelfragen nicht die immensen Vorteile übersehen. Die Abkommen sind gerade für unser exportabhängiges Land eine riesige Chance. Die Beseitigung von Zöllen und anderen Handelshemmnissen verbessert die Möglichkeiten unserer kleinen und mittelständischen Unternehmen im internationalen Wettbewerb. Durch den Wegfall von doppelten Tests und Zertifizierungen sparen wir Kosten. Unsere hohen Standards – im Arbeitsleben, beim Daten-, Umwelt- und Verbraucherschutz, bei der Daseinsvorsorge und bei der Gentechnik – sind dabei nicht verhandelbar. Die Abkommen können vielmehr dazu beitragen, unsere hohen Standards auch zukünftig zu sichern.

Die GASP und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) müssen nach Auffassung der CSU-Landesgruppe den neuen Anforderungen besser angepasst werden.

- ◆ Die langsame Entwicklung der GSVP entspricht nicht dem rasanten Tempo, in dem sich die weltweite Sicherheitslage verändert. Die GSVP muss effektiver werden.
- ◆ Die erfolgreichen zivilen Instrumente der EU zur Förderung von Stabilität, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechten und Demokratie müssen durch wirksame Instrumente zur Krisenprävention, -reaktion und Konfliktbeilegung ergänzt werden.
- ◆ Die steigende Zahl militärischer EU-Missionen bietet Lehrmaterial für die Zukunft. Aktuelle Missionen stärken zu Recht auch die Krisenreaktionsfähigkeit lokaler Akteure.
- ◆ EU und NATO ergänzen sich: Militärische Fähigkeiten müssen aufeinander abgestimmt sein. Die EU sollte anstreben, im Einzelfall auch ohne direkte Unterstützung der USA handlungsfähig zu sein. Dazu brauchen wir eine bessere Aufgabenteilung zwischen den Streitkräften der EU-Staaten und die gemeinsame Nutzung militärischer Fähigkeiten. Auch um trotz Haushaltszwängen in vielen Mitgliedstaaten Fähigkeitslücken in der EU zu vermeiden, muss „Pooling and Sharing“ endlich ernsthaft angepackt werden.

## NATO – Fundament unserer Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Die NATO bleibt Garant unserer Sicherheit und Freiheit. Sie ergänzt die Zusammenarbeit in Europa um das transatlantische Band, das uns nach 1945 in Europa den Frieden gesichert hat. Wir sind dankbar für die Loyalität, mit der die USA und Kanada auch in schwierigen Zeiten stets zu Deutschland und Europa gestanden haben. Diese Freundschaft und die Wertegemeinschaft, die uns verbinden, sind Grundpfeiler unserer auswärtigen Politik.

- ◆ Die CSU-Landesgruppe nimmt die Sorgen der NATO-Partner in Osteuropa sehr ernst. Das Beistandsversprechen aus Art. 5 des Nordatlantikvertrages gilt. Die Beschlüsse des NATO-Gipfels in Wales zur Solidarität mit den östlichen Mitgliedern – mehr Manöver, Verbesserung der Einsatzbereitschaft, Aufstellung der Speerspitze – sind erforderlich und mit der NATO-Russland-Akte vereinbar. Sie müssen jetzt schnell umgesetzt werden. Die Luftraumüberwachung im Baltikum ist ein richtiger Anfang.
- ◆ Die Interoperabilität, das heißt, die Fähigkeit der Streitkräfte verschiedener Nationen, reibungslos zusammenzuwirken, ist weiter zu stärken – das zeigen die Erfahrungen aus Afghanistan. Die ehemaligen Warschauer-Pakt-Armeen müssen wir bei dieser Herausforderung unterstützen.

- ◆ Die Bundeswehr ist und bleibt Parlamentsarmee. Durch den Parlamentsvorbehalt dürfen aber keine Zweifel an Deutschlands Verlässlichkeit in NATO und EU entstehen. In Zeiten der Finanzknappheit und neuer Bedrohungen gewinnen die Konzepte des „Pooling and Sharing“ und der „Rahmennation“ an Bedeutung. Wie in integrierten Stäben oder der NATO-Speerspitze muss sich dabei jeder ganz auf den anderen und dessen Beitrag verlassen können. Hier sollte die aktuelle Reformkommission Lösungen finden, wie das Parlament den Weg der Streitkräfte in zunehmende gegenseitige Bindungen konstruktiv begleiten kann.
- ◆ Angesichts der vielfältigen Herausforderungen sind Verteidigungsausgaben, die sich langfristig 2 Prozent des BIP annähern, sinnvoll. Den europaweiten Trend zur Ausgabenkürzung müssen wir umkehren. Freiheit und Sicherheit sind nicht umsonst zu haben.

## Unsere Streitkräfte – modern und schlagkräftig

Als verlässlicher Bündnispartner braucht Deutschland eine moderne und schlagkräftige Bundeswehr, die strategisch gut aufgestellt ist. Für die CSU-Landesgruppe steht dabei fest:



- ◆ Wir brauchen dringend ein neues Weißbuch, um Außen- und Verteidigungspolitik auf eine aktuelle strategische Basis zu stellen, die Anforderungen der Landes- und Bündnisverteidigung sowie der europäischen Integration und der Auslandseinsätze berücksichtigt. Wir begrüßen, dass die Bundesregierung diese CSU-Forderung aufgegriffen hat. Jetzt müssen die betroffenen Ressorts schnell handeln und konkrete Leitlinien festlegen.
- ◆ Die Reform der Bundeswehr war die richtige Entscheidung. Grund dafür waren zukunftsgerichtete Überlegungen zur Rolle moderner Streitkräfte im Bündnis. Ziel bleibt eine zwar kleinere, aber schlagkräftige und optimal ausgestattete professionelle Armee.
- ◆ Als Freiwilligenarmee steht die Bundeswehr im Wettbewerb mit anderen Arbeitgebern. Um die besten Köpfe unseres Landes zu gewinnen, sind ein attraktives Arbeitsumfeld und optimale Arbeitsbedingungen unerlässlich.
- ◆ Unsere Verteidigungs- und Bündnisfähigkeit verlangt eine erstklassige Ausstattung. Auch die Fürsorgepflicht gebietet, den Soldatinnen und Soldaten das bestmögliche Material zu beschaffen. Hierzu gehört bspw. die Entwicklung und Beschaffung eines europäischen ferngesteuerten und bewaffnungsfähigen Luftfahrzeugs. Das Rüstungsmanagement muss weiter professionalisiert und Entscheidungen über Beschaffungsprojekte müssen schnell und am Bedarf der Truppe ausgerichtet getroffen werden.
- ◆ Die bestehenden Haushaltsmittel müssen tatsächlich für die Verteidigung ausgegeben werden, vorwiegend zur Entwicklung und Beschaffung moderner Systeme. Rückflüsse sind zu vermeiden. Auch eine künftige Erhöhung des Wehretats darf kein Tabu sein.
- ◆ Bei der strategisch wichtigen Definition nationaler Schlüsseltechnologien müssen neben der Sicherung unserer Souveränität auch außen- und technologiepolitische Aspekte berücksichtigt werden. Wir brauchen in Deutschland weiterhin eine global wettbewerbsfähige und bei Spitzentechnologien führende wehrtechnische Industrie. Deutschlands außenpolitischer Einfluss hängt mit davon ab, wie wir uns in Zukunft an europäischen oder multinationalen Rüstungsprojekten beteiligen können und ob wir über den umsichtigen Export militärischer Technologien – und die Kontrolle über Ersatzteile, Wartung und Ausbildung – positiven Einfluss auf die Empfängerländer ausüben können. Schlüsseltechnologien dürfen daher nicht zu eng definiert werden.

## Frieden voranbringen

Deutschland muss nach Auffassung der CSU-Landesgruppe seine Rolle als Bündnispartner in EU und NATO nutzen, um Frieden und Sicherheit weltweit voranzubringen.

- ◆ Der vernetzte Ansatz bei Krisenprävention und Konfliktbewältigung ist für uns selbstverständlich. Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik müssen Hand in Hand gehen.
- ◆ Die Bundeswehr trägt mit ihren Auslandseinsätzen, darunter vielen Ausbildungsmissionen, zu mehr Frieden und Stabilität in Krisenregionen bei. Kampfeinsätze sind für uns nur „letzte Mittel“ zur Selbst- und Bündnisverteidigung und als Nothilfeinstrument gegen akute massive Menschenrechtsverletzungen.
- ◆ Auch künftig sollte ein deutscher Schwerpunkt bei Ausbildungsmissionen liegen. Dies entspricht dem Grundprinzip, die Betroffenen in die Lage zu versetzen, ihre Sicherheitsprobleme selbst zu lösen. Dazu gehört eine enge Kooperation mit regionalen Akteuren.
- ◆ Deutschland sollte sein Gewicht für eine aktive Rolle bei der Abrüstung nutzen. Im Bereich der Nuklearwaffen wäre eine neue Abrüstungsinitiative eine Möglichkeit, auf der globalen Ebene mit Russland gemeinsam voranzukommen und die Welt insgesamt sicherer zu machen. Ähnlich wie bei der Vernichtung syrischer Chemiewaffen und den Gesprächen über das iranische Atomprogramm könnte Russland so seinen Status als verantwortungsvolle Weltmacht mit konstruktiven Schritten unter Beweis stellen.



Bundesrepublik Deutschland

## Passkontrolle

Für die Einreise, den Aufenthalt und  
die Ausreise sind erforderlich

- ein gültiger Pass / Passersatz
- gegebenenfalls ein gültiges Visum

# Beschluss: Für eine klare und ausgewogene Asylpolitik

Die stetig steigende Zahl der Asylbewerber ist eine gewaltige gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Sie stellt Bund, Länder und Kommunen vor enorme Herausforderungen. Die Bevölkerung reagiert auf die Situation mit viel Verständnis, Empathie und mit bemerkenswertem ehrenamtlichem Engagement. Die Hilfsbereitschaft ist beeindruckend und darf nicht aufs Spiel gesetzt werden. Allen, die sich in Flüchtlingsinitiativen oder privat engagieren, gilt unser herzlicher Dank. Sie sind das Gesicht des modernen, weltoffenen Deutschlands. Migration aus der EU muss wie die Fachkräftezuwanderung aus dem Nicht-EU-Ausland, klar von der Asylpolitik getrennt werden.

Es gibt in der Bevölkerung Ängste und Befürchtungen, die wir ernst nehmen. Abstrakten und diffusen Sorgen stellen wir jedoch konkrete Fakten entgegen. Wir akzeptieren keine Hetze oder Verleumdung, sondern setzen auf Information und Aufklärung mit klaren Botschaften:

- ◆ Wer wegen Krieg, Gewalt, politischer, rassistischer oder religiöser Verfolgung seine Heimat verlassen muss, wie zum Beispiel die Menschen aus Syrien und dem Irak, verdient unsere Hilfe und bekommt sie auch.
- ◆ Die Lasten, die mit den hohen Flüchtlingszahlen verbunden sind, müssen innerhalb Europas und innerhalb Deutschlands gerecht verteilt werden.
- ◆ Alle Mitglieder der Europäischen Union müssen geltendes europäisches Recht umsetzen. Ist das nicht der Fall, muss der Krisenmechanismus des Schengener Grenzkodexes beispielsweise mit befristeten Grenzkontrollen zur Anwendung kommen. Darüber hinaus sind Vertragsverletzungsverfahren durch die Europäische Kommission einzuleiten.
- ◆ Wer aus rein wirtschaftlichen Gründen das Recht auf Asyl als Einwanderungsrecht missbraucht, muss Deutschland zügig wieder verlassen. Alle Bundesländer müssen hierfür Sorge tragen.

- ◆ Wer im Zuge der Fachkräftezuwanderung nach Deutschland kommt, muss in der Lage sein, dauerhaft seinen Lebensunterhalt aus eigenen Kräften zu bestreiten. Eine Zuwanderung in unsere Sozialsysteme lehnen wir ab.

## Vorrangige Hilfe für Kriegsflüchtlinge

Im Jahr 2014 ist die Anzahl der Asylbewerber nochmals um mehr als 50 Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Es kamen rund 200.000 Menschen nach Deutschland, etwa ein Drittel von ihnen, um vor Krieg, Verfolgung und Vertreibung zu fliehen. Sie wurden aufgenommen und haben Asyl und Schutz in Deutschland erhalten.

Die Lage in vielen Krisenregionen in direkter europäischer Nachbarschaft ist weiterhin angespannt. Hinzu kommt die Perspektivlosigkeit vieler Menschen in Nord- und Zentralafrika.

Damit werden die Herausforderungen für den Bund, die Länder und die Kommunen weiter steigen. Dies gilt insbesondere auch für die Unterbringung und Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen, deren Zuzug sich in den letzten fünf Jahren versechsfacht hat. Es ist daher dringend erforderlich, dass wir auch weiterhin ein hohes Maß an Verständnis und Aufgeschlossenheit gegenüber den Schutzbedürftigen zeigen und die enorme Hilfsbereitschaft unserer Bürgerinnen und Bürger, aber auch vieler Unternehmen, fördern.

Diese enorme Hilfsbereitschaft lässt sich aus Sicht der CSU-Landesgruppe aber nur aufrecht erhalten, solange das grundrechtlich geschützte Recht auf Asyl nicht missbraucht wird. Bereits jetzt werden mehr als die Hälfte aller Asylanträge abgelehnt, da keine Verfolgungs- oder Bedrohungstatbestände vorliegen. Die bestehenden, großzügig ausgestalteten Regelungen zur gezielten, bedarfsgebundenen Zuwanderung von Fachkräften werden teilweise bewusst umgangen. Ebenso wenig darf es eine Zuwanderung in unsere sozialen Sicherungssysteme geben. Einige EU-Mitgliedstaaten, die die bestehenden Regelungen zum Gemeinsamen Europäischen Asylsystem und dem Schengener Grenzkodex missachten, begünstigen diese Entwicklung.

Wir fordern daher, künftig noch klarer zwischen wirklich Schutzbedürftigen, wie den Flüchtlingen aus Syrien und dem Irak, und denen, die diese Schutzbedürftigkeit nur vorgeben, zu unterscheiden. Wem nach rechtskräftiger Entscheidung kein Aufenthaltsrecht zusteht, der muss Deutschland zügig wieder verlassen.

Wir müssen unsere Kräfte auf die konzentrieren, die sie am dringendsten brauchen. Für uns gilt: Wer durch Krieg, Gewalt oder rassistische und religiöse Verfolgung aus seiner Heimat vertrieben wird, kann auf Deutschland zählen.

## Versorgung und Unterbringung verbessern

Länder und Kommunen leisten die Versorgung und Unterbringung vor Ort. Die finanzielle Ausstattung der Kommunen durch die Länder ist dabei allerdings sehr unterschiedlich. Während es in anderen Ländern zumeist lediglich Pauschalen oder anteilige Erstattungen für die Kommunen gibt, hält Bayern an der vollständigen Erstattung der Kosten für Versorgung und Unterbringung fest. Diesem Vorbild sollten andere Länder folgen und so die Kommunen entlasten.

Im Laufe des Jahres werden zudem weitere Erstaufnahmeeinrichtungen in Bayern ihren Betrieb aufnehmen. Mit dann sieben Erstaufnahmeeinrichtungen setzt Bayern deutschlandweit Maßstäbe. Auch die von der CSU-Landesgruppe angeregte kostenfreie Bereitstellung von Immobilien des Bundes trägt zu einer weiteren Entlastung der Situation in den Kommunen bei. Mit der Bereitstellung von einer weiteren Milliarde Euro für die Jahre 2015 und 2016 übernimmt der Bund zusätzliche Verantwortung. Länder und Kommunen werden bei der Bewältigung der Herausforderungen unterstützt. Zusammen mit den Sozialverbänden werden wir die Betreuung der Asylbewerber durch ehrenamtliches Engagement weiter fördern und Eigeninitiativen auf regionaler Ebene durch ein größeres Maß an Entscheidungsbefugnissen stärken.

## Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen sicherstellen

Gesetzlich vorgeschriebene Inobhutnahmen von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen haben in den vergangenen zwei Jahren – insbesondere bei den Jugendämtern in Grenznähe – überproportional stark zugenommen. Die dortigen Kommunen werden hierdurch finanziell erheblich belastet, da unbegleitete minderjährige Flüchtlinge gleichermaßen wie andere Kinder in der Obhut des Jugendamtes zu versorgen sind. Um das hohe Betreuungs- und Schutzniveau von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen auf der Grundlage der UN-Kinderrechtskonvention zu bewahren, sollte daher eine gerechte Verteilung der Lasten nach dem auch sonst für die bundesweite Verteilung geltenden Königsteiner Schlüssel erfolgen.

Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen, die sich in Deutschland bilden und beruflich qualifizieren wollen, der Weg zu einem Schulabschluss und einer dualen Ausbildung offensteht. Gut integrierten unbegleiteten Jugendlichen muss die Möglichkeit gegeben werden, eine in Deutschland begonnene Ausbildung auch abzuschließen.

## Asylverfahren weiter beschleunigen

Das Personal des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge wurde auf intensives Betreiben der CSU-Landesgruppe um 650 neue Stellen aufgestockt. So wird der gestiegenen Zahl an Asylanträgen Rechnung getragen und eine deutliche Verfahrensbeschleunigung erreicht. Die offensichtlich Schutzbedürftigen können dadurch deutlich schneller als bisher beschieden werden. Die neuen Kapazitäten sollen auch genutzt werden, um bei offensichtlich nicht Schutzbedürftigen, wie den Antragstellern aus den sicheren Westbalkanstaaten Serbien, Bosnien-Herzegowina und Mazedonien, schneller zu einer ablehnenden Entscheidung zu kommen. So wird die Aufenthaltsbeendigung erleichtert. Der einzelne Asylbewerber hat weiterhin die Möglichkeit, in einer individuellen Anhörung seine besondere, im Einzelfall vorliegende Schutzbedürftigkeit glaubhaft darzulegen.

Im Vergleich zu unseren Nachbarstaaten dauern Asylverfahren in Deutschland aber im Schnitt immer noch deutlich länger. Die CSU-Landesgruppe setzt sich daher im Rahmen eines Modellprojektes für eine weitere Beschleunigung des Asylverfahrens durch eine gezieltere Verfahrensführung ein. Erfahrungen aus anderen EU-Mitgliedstaaten und der Schweiz zeigen, dass solche schnellen Verfahren nicht nur die Akzeptanz der Entscheidung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge fördern, sondern auch zu einer deutlich besseren Mitwirkung der Asylbewerber als bisher beitragen.

## Arbeitererleichterungen für Asylbewerber überprüfen

Die CSU-Landesgruppe hat sich für Erleichterungen bei der Arbeitsaufnahme für Asylbewerber eingesetzt. Erleichterungen bei der Residenzpflicht, die ebenfalls die Aufnahme einer beruflichen Tätigkeit unterstützen sollen, dürfen aber nicht zu einer Überbelastung der Ballungsräume führen. Die beschlossenen Maßnahmen zur Erleichterung der Arbeitsaufnahme für Asylbewerber sollten daher bereits Ende 2015 evaluiert werden.

## Ausweisungen erleichtern

Erleichterungen für Asylbewerber sind nur dann zu rechtfertigen, wenn es parallel auch zu Verbesserungen bei der Aufenthaltsbeendigung für diejenigen kommt, denen unter keinem Gesichtspunkt ein Aufenthaltsrecht oder eine Duldung zusteht. Die CSU-Landesgruppe begrüßt daher den von der Bundesregierung beschlossenen Gesetzentwurf, Aufenthaltsbeendigungen künftig einfacher aussprechen zu können. Auch die Anordnung von Wiedereinreisesperren bei offensichtlich unbegründeten und abgelehnten Asylanträgen und erfolgten Abschiebungen stellt eine notwendige Erweiterung des geltenden Rechts dar.

Gleichwohl ist darauf hinzuweisen, dass einzelne Länder nach wie vor mit ihren sogenannten „Wintererlassen“ konsequente Rückführungen und Ausweisungen gezielt unterlaufen. Dies ist nicht im Sinne des Rechtsstaats. Einzelfallentscheidungen müssen auch im Winter getroffen und vollzogen werden können. Auch in diesem Bereich bedarf es daher künftig eines gemeinschaftlichen Einsatzes aller Beteiligten, um geltendes Recht durchzusetzen und den fortgesetzten Missbrauch des Asylsystems zu verhindern.

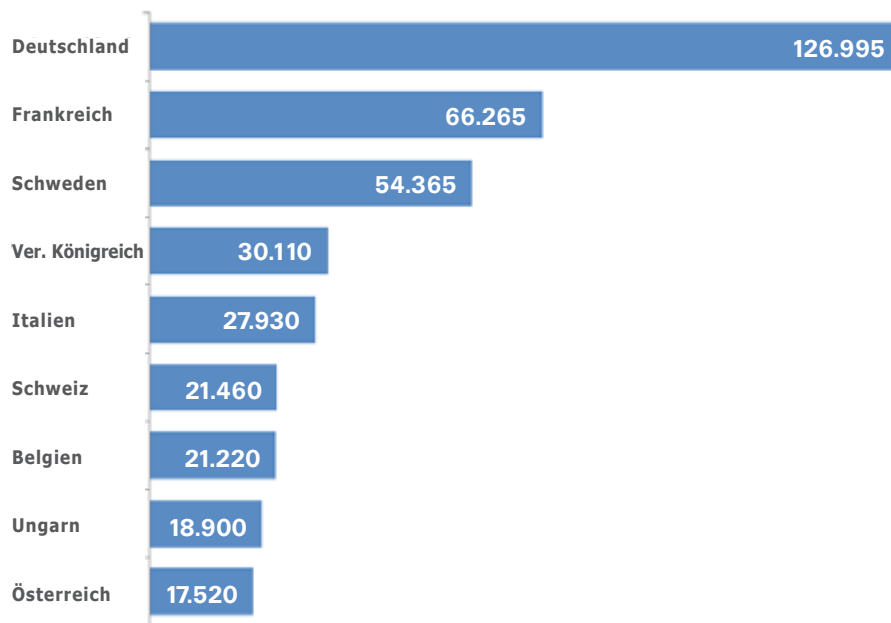
## Mehr Solidarität in Europa einfordern

Die Europäische Union hat sich bisher viel zu passiv verhalten angesichts der Flüchtlingskrise in unserer unmittelbaren Nachbarschaft. Die neue Europäische Kommission hat die Chance, verlorenes Vertrauen wiederzugewinnen und die Flüchtlingskrise endlich zur Chefsache zu machen, etwa durch Ernennung eines oder einer hochrangigen Sonderbeauftragten.

Das Gemeinsame Europäische Asylsystem und die Dublin-Verordnungen verpflichten die EU-Mitgliedstaaten darüber hinaus zu einem einheitlichen und koordinierten Vorgehen im Asylbereich. Auch andere Mitgliedstaaten der EU müssen ihren Teil der Verantwortung übernehmen und geltendes Recht konsequent anwenden.

Mehrere Mitgliedstaaten ignorieren jedoch seit Längerem die entsprechenden europarechtlichen Vorgaben. Angebote zur Unterstützung beim Schutz der Außengrenze durch europäische Institutionen werden nicht oder nur halbherzig angenommen. In solchen Fällen muss der Krisenmechanismus des Schengener Grenzkodexes beispielsweise mit befristeten Grenzkontrollen zur Anwendung kommen. Zudem sind Vertragsverletzungsverfahren durch die Europäische Kommission einzuleiten.

## Asylantragsteller im europäischen Vergleich 2013



Quelle: Eurostat (Abfragestand: 26.08.2014)

Die CSU-Landesgruppe erwartet nicht nur eine vollständige Umsetzung der Dublin-Verpflichtung zur Registrierung von Flüchtlingen und des Schengener Grenzkodexes durch die Mittelmeeranrainerstaaten, sondern auch die Bereitschaft zur Rückübernahme im Rahmen der Dublin-III-Verordnung. Die Bundesregierung muss sich weiterhin deutlich und mit Nachdruck für die Einhaltung des geltenden Rechts einsetzen und offensichtliche Rechtsverstöße, die zu einer erheblichen Verschlimmerung der Situation in Deutschland beitragen, anzeigen.

Eine Weiterentwicklung hin zu einem festen europäischen Quotensystem lehnt die CSU-Landesgruppe weiterhin ab. Dies würde weder zu einer höheren Rechts-treue noch zu einer Verbesserung der Situation in Deutschland führen, gleichzeitig aber neue schwierige Fragestellungen wie die Administration des Transports und der Umverteilung von Asylbewerbern aufwerfen. Dies ist in einem Raum ohne Binnengrenzen kaum zu leisten. Auch finanzielle Kompensations-systeme zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten sind nicht praktikabel.

Die auf EU-Ebene diskutierte Schaffung von Ausreisezentren für Flüchtlinge in Nordafrika muss vor dem Hintergrund der weiteren Entwicklung gründlich geprüft werden. Voraussetzung für ein derartiges Vorgehen ist nicht nur die Erlaubnis der betroffenen Transitstaaten, sondern auch der Nachweis, dass dies zu einer deutlichen Reduzierung des Zustroms illegaler Zuwanderung nach Europa führt.

## Hilfe in Krisenregionen ausweiten

Hilfe ist vor Ort in den Krisenregionen am wirkungsvollsten. Sie ist der beste Weg, um mit begrenzten Ressourcen möglichst viele Hilfsbedürftige zu erreichen. Die CSU-Landesgruppe unterstützt daher die vielfältigen Hilfsmaßnahmen der Bundesregierung, des Technischen Hilfswerks und kirchlicher und privater Organisationen, die sich täglich für eine Linderung des Leids durch Krieg und Verfolgung vor Ort einsetzen.

Auch die Europäische Union kann durch die Aufstockung ihrer Hilfe mehr für Notleidende in den Krisenregionen tun und so dazu beitragen, dass weniger Menschen diese Regionen verlassen müssen. Die EU-Kommission muss endlich die Finanzierung von Sofortmaßnahmen durch eine Sondermilliarde aus bestehenden Töpfen sicherstellen.

In den Herkunftsländern der Flüchtlinge muss mehr zivile Krisenprävention betrieben werden. Die wesentlichen Fluchtursachen wie Krieg und Gewalt, Ungleichheiten und Arbeitslosigkeit müssen strukturell bekämpft werden.

Dort muss sich deutsche und europäische Entwicklungspolitik künftig noch gezielter engagieren, um insbesondere in diesen Ländern die Voraussetzung für gute Bildung und Ausbildung zu schaffen.

Migrationsfragen müssen mittel- und langfristig stärker in den Beziehungen der Bundesregierung und Europas mit relevanten Drittstaaten verankert werden. Ziel muss es sein, die Zuwanderung besser zu steuern sowie Ursachen von unfreiwilliger Migration und Flucht zu bekämpfen. Dies umfasst auch konkrete Vereinbarungen zu Fragen der Rückkehr in die Heimatländer und Identitätsklärung. Es muss eine höhere Bereitschaft von Herkunfts- und Transitstaaten eingefordert werden, sich bei der Bekämpfung der illegalen Migration, der Steuerung legaler Migration und dem Flüchtlingsschutz zu engagieren.





# Beschluss: Keine Toleranz gegenüber islamistischem Terrorismus – Bedrohungen entschlossen begegnen

Der barbarische, abscheuliche und menschenverachtende Anschlag auf eine französische Zeitung in Paris erschüttert uns alle zutiefst. Unser Mitgefühl und unsere Anteilnahme gelten den Angehörigen der Opfer. Wir stehen an der Seite Frankreichs. Der Angriff auf die Presse- und Meinungsfreiheit ist ein Angriff auf die freiheitlich-demokratischen Grundwerte Europas. Dieser Akt der Barbarei könnte auch in jedem anderen Land Europas stattfinden. Wir können unsere Freiheit nur gemeinsam verteidigen.

## Bedrohungslage ist weiterhin angespannt

Aus Deutschland sind bereits mehr als fünfhundert Personen ausgereist, um sich für den terroristischen Nahkampf ausbilden zu lassen. Ein Teil von ihnen ist bei Gefechten und Selbstmordanschlägen ums Leben gekommen, ein Teil aber auch bereits wieder nach Deutschland zurückgekehrt. Viele beteiligen sich nunmehr an der Werbung von „Gotteskrieger“, lehnen weiterhin die freiheitlich-demokratische Grundordnung und insbesondere die Gleichberechtigung von Mann und Frau ab. Sie stehen damit außerhalb unseres Rechts- und Wertesystems.

## Verfolgung von „Gotteskriegern“ ermöglichen

Der Bundesjustizminister wird daher aufgefordert, endlich einen Gesetzentwurf zur Umsetzung der Resolution 2178 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 24. September 2014 vorzulegen: Es darf keine Toleranz und kein Nachlassen im weltweiten Kampf gegen die Finanzierung und Unterstützung des Terrorismus geben. Reisebewegungen von islamistisch-terroristischen Kämpfern müssen unterbunden werden. Darüber hinaus sind die rechtlichen Grundlagen dafür zu schaffen, dass aktiv gegen die Finanzierung und Werbung von terroristischen Vereinigungen durch unsere Sicherheitsbehörden vorgegangen werden kann.

Das Mindeststrafmaß für die Vorbereitung terroristischer Anschläge und beim Nichtbeachten von vereinsrechtlichen Betätigungsverböten ist auf ein Jahr Freiheitsstrafe anzuheben.

## Kampf gegen Radikalisierung verstärken

Sympathiewerbung und das Verbreiten von Propagandamitteln für terroristische Vereinigungen muss in Deutschland einfacher bestraft werden können als bisher. Wege zur Radikalisierung beispielsweise in sozialen Netzwerken müssen intensiver beobachtet, Hass und Gewaltverherrlichung unterbunden werden.

## Freiheitlich-demokratische Grundordnung verteidigen

Deutschland ist wie Frankreich ein tolerantes Land. Wer aber unseren freiheitlichen Staat bekämpft, dem werden wir mit aller Härte und Entschlossenheit begegnen. Für islamistischen Terrorismus ist in Europa kein Platz.



8. Januar 2015, der Tag nach den Terroranschlägen von Paris: Zeitungen weltweit zeigen Solidarität mit Frankreich und betonen die westlichen Werte.

# Beschluss: Kampf gegen den islamistischen Terror konsequent fortsetzen

In den vergangenen Jahren hat die Gefährdung durch islamistischen Terror in Deutschland stetig zugenommen. Der bisher eingeschlagene Weg dagegen war richtig:

- ◆ Betätigungsverbot vom 12. September 2014 gegen den Islamischen Staat,
- ◆ hunderte laufende Ermittlungsverfahren gegen Dschihadisten in Deutschland,
- ◆ jede Woche wird im Durchschnitt eine Person an der Ausreise gehindert,
- ◆ vielen wurde bereits die Rückkehr nach Deutschland erfolgreich verwehrt.

Im Lichte des schrecklichen Anschlags von Paris muss dieser Weg konsequent fortgeführt werden. Bereits das Grundgesetz sieht vor, dass Handlungen, die geeignet sind, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, verfassungswidrig und unter Strafe zu stellen sind. Diesem Leitgedanken folgend halten wir angesichts des grausamen und kaltblütigen Anschlages in Frankreich und der gegenwärtigen Bedrohungslage in Deutschland nicht nur eine unverzügliche Umsetzung der Vorgaben der Resolution 2178 des UN-Sicherheitsrates vom 24. September 2014 für erforderlich, sondern auch weiterführende rechtliche und technische Schritte, um die freiheitlich-demokratische Grundordnung vor terroristischen Angriffen durch Dschihadisten zu schützen. Wir fordern deshalb den Bundesjustizminister auf, die erforderlichen Gesetzentwürfe hierfür vorzulegen.

## Zugriff auf verschlüsselte Kommunikationsdaten ermöglichen

Dies beinhaltet neben dem Entschlüsseln von verschlüsselter Kommunikation durch den Verfassungsschutz auch den Zugriff auf Verbindungs- und Kommunikationsdaten. Hierfür ist eine Regelung zur Mindestspeicherung von Verbindungsdaten unter Berücksichtigung der höchstrichterlichen Rechtsprechung erforderlich. In vielen europäischen Ländern ist eine solche Speicherung über mehrere Monate hinweg möglich. Dies muss auch für Deutschland gelten.

## Reisebewegungen von Gefährdern erfassen und auswerten

Die Ein- und Ausreisebewegungen von Dschihadisten müssen effektiv nachverfolgt werden können. Hierzu bedarf es einer Steigerung der Kontrollintensität an den EU-Außengrenzen und eines verbesserten Informationsaustauschs innerhalb der Europäischen Union und mit der Türkei. Darüber hinaus ist auch eine Erweiterung des Schengen-Informationssystems notwendig. Bekannte Gefährder müssen darin als „Foreign Fighter“ erfasst werden. Zudem ist ein europäisches Abkommen zum Austausch und Information über Fluggastdaten zu verabschieden, um erfolgte inhereuropäische Reisebewegungen besser nachvollziehen zu können.

## Dschihadisten ist der deutsche Pass zu entziehen

Durch eine Änderung des Passgesetzes muss nachgewiesenen Dschihadisten, die neben einer weiteren Staatsangehörigkeit auch über die deutsche verfügen, diese entzogen werden können, um sie an einer Wiedereinreise zu hindern.



## Extremistische Propaganda und Radikalisierung in Deutschland bekämpfen

Wer mit terroristischen Vereinigungen sympathisiert, für sie wirbt oder sie sogar finanziell unterstützt, muss strafrechtlich leichter verfolgt werden können als bisher. Sympathiebekundungen verbreiten sich heute um ein Vielfaches schneller und haben in Zeiten des Internets eine nicht mehr zu kontrollierende Wirkung. Die vor dem Jahr 2002 geltende Rechtslage ist wiederherzustellen.

## Islamistischen Terrorismus konsequent verfolgen

Wer das friedliche Zusammenleben der Völker stört, ist gemäß Art. 26 Abs. 1 S. 2 GG strafrechtlich zu verfolgen. Diese Vorgabe des Grundgesetzes wird durch die bestehenden Regelungen im Strafgesetzbuch nur unzureichend umgesetzt. Sie sind daher entsprechend zu erweitern.



...ligere, con  
... coriarius *m.*  
... iustus; aequus  
[praetor, legitim  
optimus [causa].  
**Gerechtigkeiteit** *f* iustitia  
*f*; ius *n*, aequum *n*.  
**Gerechtigkeiteit**  
iustitia

# Beschluss: Organisierte Kriminalität effektiv bekämpfen

Die Bekämpfung der Organisierten Kriminalität ist in den vergangenen Jahren aufgrund der anhaltenden terroristischen Bedrohung bisweilen aus dem Fokus geraten. Die Auswirkungen und Schäden für den Einzelnen, aber auch für unser Gemeinwesen, sind jedoch enorm. Alleine durch Ermittlungsverfahren im Jahr 2013 wurde für Deutschland ein Schaden von 720 Millionen Euro festgestellt. Der Gesamtschaden für Europa beträgt nach Schätzungen jährlich einen dreistelligen Milliardenbetrag – wobei von einer hohen Dunkelziffer ausgegangen werden muss. Die Gelder werden oft mehrfach „gewaschen“ und dann wieder dem legalen Wirtschaftskreislauf zugeführt.

Zu selten gelingt es den Strafverfolgungsbehörden, zusammenhängende Strukturen zu erkennen und nachhaltig zu zerschlagen. Das kriminelle Vorgehen der internationalen Banden ist arbeitsteilig, konspirativ und professionell organisiert. In jedem zweiten Ermittlungsverfahren arbeiten mindestens zwei verschiedene Nationalitäten zusammen. Oft werden Angriffe aus dem Ausland heraus gesteuert und gezielt über das Internet koordiniert und durchgeführt. Die bestehenden Rechtsgrundlagen müssen daher fortentwickelt und an das konspirative Verhalten der Täter angepasst werden. Schwerpunkte der Organisierten Kriminalität in Deutschland sind laut dem Lagebild des Bundeskriminalamtes für 2013 weiterhin der Rauschgifthandel und die Eigentumskriminalität.

## Wohnungseinbrüche wirksam bekämpfen

Die Zahl der Wohnungseinbrüche hat in den vergangenen Jahren wieder kontinuierlich zugenommen. Mit 149.500 Einbrüchen im Jahr 2013 wurde ein neuer Spitzenwert erreicht. Das Sicherheitsgefühl vieler Menschen ist erschüttert. Wir setzen uns deshalb für den Einsatz moderner Software ein, um durch computergestützte Analysen Kriminalitätsschwerpunkte besser zu lokalisieren und Muster der Tatbegehung noch schneller als bisher zu erkennen. Eine Software für „Predictive Policing“ kann zwar die polizeiliche Ermittlungsarbeit letztlich



nicht ersetzen, bisherige Modellprojekte zeigen jedoch, dass sie eine wichtige Hilfestellung bietet. Sie sollte daher so schnell wie möglich flächendeckend zum Einsatz kommen.

Zur Verbesserung der Strafverfolgung sollte der Wohnungseinbruchdiebstahl auch in den Katalog der „schweren Straftaten“ in § 100 a Abs. 2 der Strafprozessordnung aufgenommen werden. Durch Telefonüberwachung, Speicherung der Verbindungsdaten und Funkzellenabfragen können solche Täterstrukturen leichter aufgedeckt und potenzielle Täter leichter geortet werden. Darüber hinaus können in den meisten Fällen nicht aufgeklärte Taten so nachträglich noch zugeordnet werden. Dies setzt allerdings eine vorherige verfassungs- und europarechtskonforme Speicherung solcher Verbindungsdaten für einen begrenzten Zeitraum voraus.

In den besonders betroffenen Großstädten und grenznahen Regionen sind nicht zuletzt verstärkte polizeiliche Kontrollfahrten durchzuführen. Schließlich wird ein großer Teil der Einbrüche arbeitsteilig organisiert und das Diebesgut unverzüglich außer Landes gebracht. Der Abbau von Polizeidienststellen in einigen Ländern ist insofern unverantwortlich. Zudem wird damit die engagierte und hochmotivierte Arbeit vieler Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten in Deutschland, die täglich für unsere Sicherheit eintreten, auf eine harte Probe gestellt. Es ist schließlich die vorrangige Pflicht der Länder, durch eine personell und materiell gut ausgestattete Polizei für die Sicherheit der Menschen vor Ort zu sorgen.

Alle Polizeibehörden in Bund und Ländern müssen darüber hinaus umfassend zusammenarbeiten, auch mit den Behörden in unseren Nachbarländern. Dass dies möglich ist und zu Erfolgen bei der Ermittlungstätigkeit führt, zeigt die intensive Zusammenarbeit Bayerns mit den österreichischen und tschechischen Polizeibehörden. Daher sollte ein mit Tschechien durch den Bundesminister des Innern ausgehandeltes Polizeiabkommen zum gemeinsamen Kampf gegen Grenzkriminalität umgehend in Kraft gesetzt werden.

## Einbau von Sicherheitsvorkehrungen fördern

Nicht alle, aber viele Straftaten können verhindert werden. So bleiben beispielsweise 40 Prozent aller Wohnungseinbrüche lediglich Versuche, da die vorhandenen Sicherheitssperren von den Tätern nicht überwunden werden können.



Die CSU-Landesgruppe begrüßt daher die Programme der KfW-Bankengruppe, Fördergelder für den Einbau von mechanischen und elektronischen Sicherheitseinrichtungen zum Einbruchschutz in Wohngebäuden zur Verfügung zu stellen. Die CSU-Landesgruppe setzt sich dafür ein, hieraus ein eigenes Förderprogramm zu entwickeln, welches sowohl den Einbau von mechanischen als auch elektronischen Sicherheitsvorkehrungen unterstützt. Darüber hinaus sollte durch die Bundesregierung über bereits bestehende steuerliche Absetzungsmöglichkeiten, um die eigene Wohnung oder das eigene Haus zu sichern, fortlaufend und aktiv informiert werden.

## Keine Legalisierung von Cannabisprodukten

Der Handel mit verbotenen Cannabisprodukten ist nach dem Handel mit Kokain das zweitbedeutendste Feld im Bereich der organisierten Rauschgiftkriminalität. Bestehende Transportrouten werden längst auch für die Einfuhr von Cannabis – und vor allem neuen, modifizierten Cannabisprodukten – genutzt. Diese neuen Produkte beruhen auf Veränderungen beim Cannabisharz- und Cannabiskraut.

Sie besitzen damit eine deutlich höhere Stärke als bisherige handelsübliche Produkte. Die CSU-Landesgruppe spricht sich weiterhin gegen ein Wegschauen bei oder gar eine Legalisierung von Cannabisprodukten aus, wie dies derzeit von verschiedenen Seiten wieder verstärkt gefordert wird. Eine solche Legalisierung ist mit Blick auf die gravierenden Risiken und Gesundheitsgefahren, die mit dem Konsum von Cannabis und gegebenenfalls weiteren nachfolgenden härteren Drogen gerade für junge Menschen nachweislich einhergehen können, nicht verantwortbar. Sie würde zudem nicht dem Sicherheits- und Schutzempfinden der Bevölkerung Rechnung tragen.

## Designerdrogen noch schneller als bisher verbieten

Neue Drogen, die auf synthetischen oder natürlich vorkommenden Substanzen beruhen, haben in den vergangenen Jahren rasant zugenommen. Allein im Jahr 2013 wurden von den europäischen Mitgliedstaaten einundachtzig neue psychoaktive Substanzen entdeckt und unter Strafe gestellt. Die Substanzen werden oftmals in geheimen, von Banden betriebenen Labors produziert und direkt vor Ort oder per Bestellung im Internet verkauft. Die CSU-Landesgruppe unterstützt die Initiative des Europäischen Parlamentes, „legal highs“ künftig noch schneller als bisher verbieten und unter Strafe stellen zu können. Wir regen darüber hinaus an, dass es den EU-Mitgliedstaaten möglich sein sollte, für einzelne Substanzen temporäre Verbote auszusprechen. Dann müssten Stoffe mit einem potenziellen Risiko nicht erst langfristig und aufwändig auf ihre Gefährlichkeit hin untersucht werden, sondern könnten bereits frühzeitig beschlagnahmt und vom Markt genommen werden.

## Kampf gegen Crystal Meth verstärken

Seit dem Jahr 2008 hat die Zahl der Rauschgiftdelikte mit Methamphetaminen in Deutschland sprunghaft zugenommen. Die Schwerpunkte des Schmuggels, Handels und Konsums dieser Droge liegen in den Grenzgebieten zu Tschechien und Polen. Methamphetamine haben ihren Weg aber auch in mehrere Ballungsräume gefunden. Die CSU-Landesgruppe unterstützt den unermüdlichen Einsatz der Fahnder im grenznahen Raum, um Dealer und Konsumenten vom Verkauf und Erwerb von Methamphetaminen abzuhalten. Sie begrüßt die Einsetzung einer Taskforce Crystal Bayern, die für einen tagesaktuellen Informationsaustausch zwischen den deutschen und den tschechischen Fahndungsgruppen sorgen soll. Schließlich kann nur ein gemeinsames, länderübergreifendes Vorgehen von Fahndungsgruppen letztlich erfolgreich sein, um Drogen-Labore, Händler und

Transportrouten aufzudecken. Die CSU-Landesgruppe begrüßt, dass zugleich verstärkt über die Risiken des Konsums dieser hochgefährlichen Substanzen aufgeklärt wird und dass im Bundeshaushalt 2015 auf Initiative der Drogenbeauftragten zusätzlich 500.000 Euro hierfür eingestellt worden sind.

## Zigaretenschmuggel unterbinden

Nach Deutschland geschmuggelte Zigaretten führen jährlich nicht nur zu einem geschätzten Steuerausfall in Höhe von vier Milliarden Euro, sondern sie stellen auch eine wichtige Einnahmequelle der Organisierten Kriminalität dar. Aufgrund der hohen Gewinnmargen und des geringen Verfolgungsdrucks haben sich zahlreiche Banden etabliert und ihre Tätigkeit längst auf andere kriminelle Bereiche ausgeweitet. Die CSU-Landesgruppe fordert daher, den Einsatz gegenüber entsprechenden kriminellen Netzwerken zu verstärken und die europäische Zusammenarbeit zur Bekämpfung entsprechender krimineller Vereinigungen weiter zu vertiefen.

## Internetkriminalität bekämpfen

Ein erheblicher Teil der Organisierten Kriminalität hat sich mittlerweile auch ins Internet verlagert. Zahlreiche Phänomene vom Diebstahl von Identitäten bis hin zur digitalen Schutzgelderpressung konnten sich in den vergangenen Jahren etablieren. Die Täter arbeiten flexibel und professionell und stellen sich schnell sowohl auf neue technische Entwicklungen als auch auf Verhaltensänderungen ihrer potenziellen Opfer ein. So erfolgen viele Ausspäh- und Phishing-Angriffe mittlerweile nicht mehr nur über infizierte Email-Anhänge, sondern oftmals über manipulierte Werbung auf öffentlichen Webseiten. Deren Aufruf führt dann bereits zur Installation von schadhafter Software auf dem eigenen Computer oder Smartphone. Für eine effektive Verfolgung der Täter und für den Schutz der Opfer ist ein Zugriff auf die entsprechenden Verbindungsdaten unerlässlich. Diese schutzlose Auslieferung wird die Bevölkerung auf Dauer nicht hinnehmen. Der Staat muss seine Bürger schützen und nicht die Verbindungsdaten von Kriminellen.

## Recht der Vermögensabschöpfung novellieren

Wir müssen den Zugriff auf das Vermögen und die erzielten Gewinne der Banden erleichtern. Bei unklarer Herkunft des Vermögens muss eine vorläufige Beschlagnahme Vorrang vor einem Verbleib des Vermögens bei den mutmaßlichen Tätern haben. Eine nachträgliche Vermögensabschöpfung sollte zudem noch bis

zu fünf Jahre nach einer rechtskräftigen Verurteilung möglich sein. Wir sprechen uns ferner für die Einführung eines geregelten Nachverfahrens aus, das sicherstellt, dass kriminelle Erträge zunächst durch den Staat abgeschöpft und dann später im Wege eines Ausgleichs an Geschädigte übergeben werden. Darüber hinaus ist der Anwendungsbereich der erweiterten Vermögensabschöpfung auf Tatbestände der Informations- und Kommunikations-, der Arzneimittel- und der Eigentumskriminalität auszudehnen. Schließlich ermöglichen auch Taten in diesen Kriminalitätsbereichen die rechtswidrige Anhäufung großen Vermögens.

## Tatbestand der Geldwäsche erweitern

Die CSU-Landesgruppe setzt sich dafür ein, bestehende Lücken bei der Strafbarkeit der Geldwäsche zu schließen. Der Katalog der möglichen Vortaten ist um alle gewerbsmäßig oder als Mitglied einer Bande oder kriminellen Vereinigung begangenen Taten zu erweitern. Weitere Straftaten aus Nebengesetzen, wie beispielsweise Verstöße gegen das Arzneimittelgesetz, sind ebenfalls als mögliche Vortaten mit einzubeziehen.

## Verbindliche Regelungen für Onlinewährungen schaffen

Die Bedeutung von Internetwährungen hat in den vergangenen Jahren rasant zugenommen. Derzeit sind beispielsweise bereits mehr als 13 Millionen Bitcoins mit einem Marktwert von mehr als drei Milliarden Euro im Umlauf.



Es fehlt allerdings weiterhin an transparenten und nachvollziehbaren rechtlichen Rahmen für den Umgang mit Onlinewährungen. Dies lädt zu Missbrauch und strafbaren Handlungen angesichts einfacher und leicht zu manipulierender Anmelde- und Umtauschverfahren auf virtuellen Marktplätzen ein. Einkünfte aus strafbaren Handlungen können so mit Hilfe von Onlinewährungen in großem Ausmaß „gewaschen“ werden. Beschlagnahmen durch Ermittlungsbehörden sind darüber hinaus angesichts des hohen Grades der Verschlüsselung oftmals äußerst schwierig. Die CSU-Landesgruppe setzt sich daher für einen international geltenden Rechtsrahmen für Onlinewährungen ein. Dieser muss nicht nur mehr Rechtssicherheit für die Beteiligten zum Ziel haben, sondern auch dem erhöhten Risiko der Geldwäsche und dem berechtigten Anliegen der Ermittlungsbehörden Rechnung tragen.

## Zusammenarbeit mit ausländischen Behörden verbessern

In rund achtzig Prozent aller Ermittlungsverfahren im Bereich der Organisierten Kriminalität besteht ein internationaler Bezug. Im Jahr 2013 konnten im Rahmen von deutschen Ermittlungsverfahren allerdings weniger als zehn Prozent des mutmaßlichen Vermögens im Ausland sichergestellt werden. Bilaterale Abkommen auf dem Gebiet der polizeilichen Zusammenarbeit sind ebenso wie eine Verbesserung der Koordination und Zusammenarbeit unter der Führung von EUROPOL und EUROJUST unabdingbar. Die CSU-Landesgruppe regt darüber hinaus den Aufbau weiterer Joint Investigation Teams an, um komplexe grenzüberschreitende Sachverhalte noch besser als bisher aufzuklären.



# Beschluss: Starke Wirtschaft – starkes Bayern

Deutschland ist einer der attraktivsten Standorte für Unternehmen weltweit. Wir sind der wichtigste Wachstumsmotor Europas und der Stabilitätsanker in der Eurozone. Auch bei der Beschäftigung zählen wir zu den Vorreitern. Darauf können wir stolz sein – in Bayern wie im Bund. Daran wollen wir 2015 anknüpfen. Die CSU-Landesgruppe sieht sich als Anwältin der deutschen, insbesondere aber bayerischen Wirtschaft und des Mittelstands. Wir wollen das Vertrauen unserer Wirtschaftsakteure weiter stärken, die Rahmenbedingungen für Investitionen und eine hohe Industriedichte verbessern sowie wachstumsfördernde Maßnahmen ergreifen. Kurz gesagt: Wir müssen die Standortfaktoren unserer Wirtschaft stärken. Hierzu zählen eine leistungsfähige Infrastruktur, solide Finanzen und Steuern, ein robuster Arbeitsmarkt, weniger Bürokratie, eine sichere und bezahlbare Energie sowie eine erfolgreiche Außenwirtschaft.

## Leistungsfähige Infrastruktur

Unser Land als zentrale Verkehrsdrehscheibe in Europa braucht Erhaltungs- und Neuinvestitionen in Milliardenhöhe. Deshalb haben wir entschieden, in dieser Legislaturperiode fünf Milliarden Euro zusätzlich in die Verkehrsinfrastruktur zu investieren. Wir erweitern die LKW-Maut und führen die Infrastrukturabgabe ein, um die Nutzerfinanzierung zu stärken. Und wir wollen zusätzliches privates Kapital mobilisieren, denn der Staat kann die dringenden Investitionserfordernisse nicht allein tragen. Die CSU-Landesgruppe fordert:

### **1. Datenbank für ÖPP einrichten**

Die öffentlich-private Zusammenarbeit in Deutschland sollte durch eine Datenbank gefördert werden, die einen Überblick über geplante Infrastrukturvorhaben liefert, um Investoren und Auftraggeber zusammenzubringen. Dies wäre vor allem für unsere mittelständischen Unternehmen wichtig, die hierdurch die Möglichkeit erhalten würden, ihre Kräfte zu bündeln und gemeinsame Angebote abgeben könnten.



## **2. Verpflichtende Wirtschaftlichkeitsprüfung einführen**

Wir wollen, dass bei allen Infrastrukturvorhaben auf Basis sorgfältiger Planung eine Wirtschaftlichkeitsprüfung verpflichtend durchgeführt wird, bei der eine tatsächlich mögliche Projektrealisierung durch den Staat einer Projektrealisierung unter Beteiligung privater Investoren gegenübergestellt wird. Nur so kann die volkswirtschaftlichste Realisierungsvariante für ein Projekt ermittelt werden.

## **3. Stabile Rahmenbedingungen für Investoren schaffen**

Institutionelle Investoren wie Versicherer sind verlässliche Kapitalgeber und auf langfristig erfolgreiche Projekte angewiesen. Sie werden dann investieren, wenn sie verlässliche und stabile regulatorische Rahmenbedingungen für ihre Vorhaben vorfinden. Dazu gehören u. a. Projektlaufzeiten von mindestens 20 Jahren. Zudem muss das Risiko für die Investoren kalkulierbar sein. Deshalb wollen wir, dass z.B. eine Förderbank als Sicherungsgeber für wichtige ÖPP-Projekte zur Verfügung steht.

## Solide Finanzen und Steuern



Wir haben unser Versprechen gehalten und für 2015 einen ausgeglichenen Bundeshaushalt vorgelegt. Das schafft Vertrauen in den Wirtschaftsstandort Deutschland. Wir haben die Schuldenspirale verlassen und kommen ab sofort und in Zukunft mit dem Geld aus, das wir einnehmen. Damit geben wir Wirtschaft und Beschäftigten ein Signal der Stabilität und der langfristigen Handlungsfähigkeit. Mit dem Investitionspaket von 10 Milliarden Euro für die Jahre

2016 bis 2018, das wir auf Bundesebene auf den Weg gebracht haben, haben wir gezeigt, dass Sparen und Investieren keine Gegensätze sind, sondern eine Frage der richtigen Prioritätensetzung. Die CSU-Landesgruppe macht sich dafür stark, jetzt die steuerpolitischen Weichen für eine innovative Wirtschaft und einen starken Mittelstand zu stellen. Deshalb fordern wir:

### **1. Keine Steuererhöhungen – keine Zementierung des Solidaritätszuschlags**

Deutschland hat ein wettbewerbsfähiges Steuersystem. Wir wollen, dass das so bleibt. Dazu gehört für uns der Verzicht auf jegliche Steuererhöhungen. Das haben wir versprochen und wir stehen zu unserem Wort. Deshalb lehnen wir es ab, den Solidaritätszuschlag in die Tarife der Einkommen- und Körperschaftsteuer zu integrieren und ihn damit auf immer und ewig zu zementieren. Die CSU-Landesgruppe erteilt Steuererhöhungen auf ganzer Linie eine Absage. Auch den heimlichen Steuererhöhungen werden wir ein Ende bereiten und ab dem 1. Januar 2017 mit dem Abbau der kalten Progression beginnen.

### **2. Steuervermeidung eindämmen**

Wir wollen ein gerechtes Steuersystem – national und international. In den vergangenen Jahren haben sich international agierende Konzerne zunehmend ihrer Verpflichtung entzogen, einen gerechten Beitrag zum Staatshaushalt zu leisten. Unterschiedliche Steuerregelungen im In- und Ausland und individuelle Vorzugsbehandlungen einiger Staaten haben es ihnen leicht gemacht. Kleine und mittlere Unternehmen haben diese Möglichkeiten nicht. Ihre höhere Steuerbelastung verursacht Wettbewerbsnachteile. Diesen Zustand werden wir nicht länger akzeptieren. Wir begrüßen daher die Einigung des europäischen Finanzministerrates, konkrete Maßnahmen gegen Steuervermeidung zu ergreifen. Wir fordern alle EU-Staaten dazu auf, an der zügigen Umsetzung dieser Maßnahmen mitzuwirken. Wir fordern, die internationalen Arbeiten gegen Gewinnverkürzung und Gewinnverlagerung (BEPS-Initiative) zu beschleunigen. Gewinne müssen an dem Ort besteuert werden, wo sie erwirtschaftet werden.

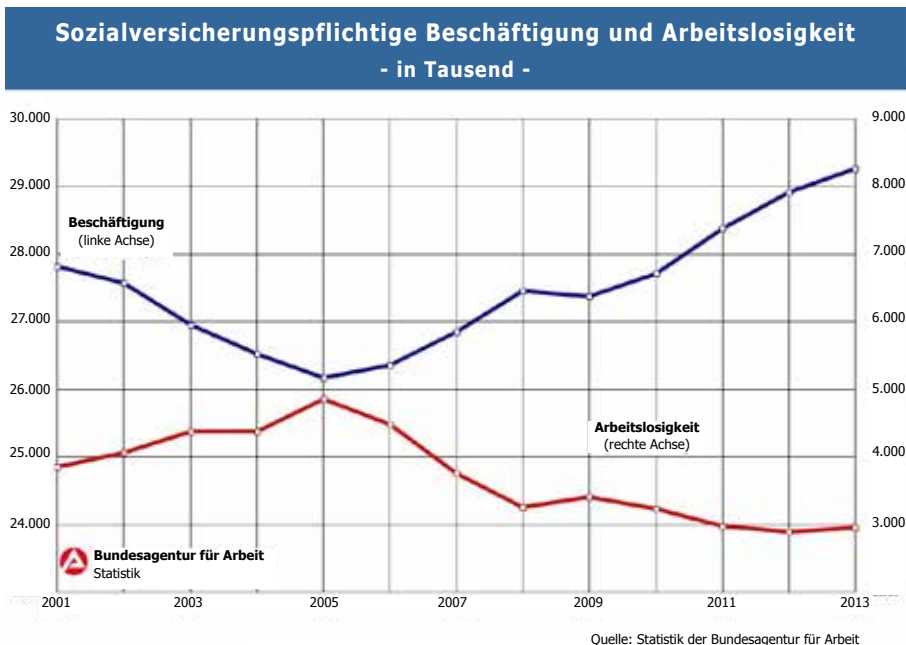
### **3. Innovationen fördern und Gründerdynamik erhöhen**

Die wirtschaftliche Stärke Deutschlands ist auch der Innovationsfreude und Forschungsstärke seiner Unternehmen zu verdanken. Erfolgreiche Forschung und mutige Unternehmensgründungen schaffen Arbeitsplätze und steigern die Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft. Bayern zählt zu den forschungsstärksten Regionen in Deutschland. Auch bei den Wagniskapitalinvestitionen liegt Bayern mit an vorderster Position.

Dennoch haben Bayern und Deutschland im internationalen Vergleich bei den Wagniskapitalinvestitionen noch Nachholbedarf. Mangelnde Investitionsmittel behindern die Gründung innovativer Unternehmen und hemmen das Wachstum erfolgreicher Start-ups. Die CSU-Landesgruppe setzt sich daher dafür ein, die steuerlichen Rahmenbedingungen für Wagniskapitalinvestitionen zügig zu verbessern, um sie für Investoren aus dem In- und Ausland attraktiver zu machen. Im Bereich Forschung und Entwicklung wollen wir den Anteil kleiner und mittlerer Unternehmen an der Forschungstätigkeit erhöhen. Dazu wollen wir die in Deutschland bewährte Projektförderung ergänzen und kleine und mittlere Unternehmen bei Forschung und Entwicklung durch gezielte steuerliche Anreize verstärkt fördern.

## Robuster Arbeitsmarkt

Heute sind über 43 Millionen Menschen erwerbstätig, davon sind fast 30,7 Millionen sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Gegenüber 2005 hat sich die Arbeitslosenquote fast halbiert. An diese großartigen Erfolge wollen wir anknüpfen.



Angesichts des derzeit wirtschaftlich schwierigen Umfelds ist es umso wichtiger, den Wirtschaftsstandort Deutschland weiter zu stärken. Deshalb fordert die CSU-Landesgruppe:

### **1. Zeitarbeit als Beschäftigungsinstrument stärken**

Zeitarbeit ist ein wichtiges arbeitsmarktpolitisches Instrument. Sie bietet Unternehmen Flexibilität für Auftragsspitzen und arbeitslosen Menschen die Chance auf eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung. Davon profitieren vor allem Langzeitarbeitslose, Geringqualifizierte und Berufseinsteiger. Zeitarbeit stellt eine stabile Brücke in den ersten Arbeitsmarkt dar, für Geringqualifizierte ist Zeitarbeit oftmals der einzige Weg in Beschäftigung. Das beweist: Zeitarbeit ist eindeutig die bessere Alternative als Arbeitslosigkeit. Wir wollen deshalb das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz weiterentwickeln. Die CSU-Landesgruppe steht zu den Verabredungen im Koalitionsvertrag. Danach soll eine Überlassungshöchstdauer von 18 Monaten gesetzlich festgelegt werden.

Schon heute ist die Hälfte aller Zeitarbeitsverhältnisse in Deutschland kürzer als drei Monate. Bei der gesetzgeberischen Umsetzung werden wir darauf achten, dass die gleichzeitig vorgesehene tarifliche Öffnungsklausel praktikabel und interessengerecht ausgestaltet wird. Denn wichtig ist: Betrieben muss ausreichender Spielraum für anderweitige Festlegungen der Überlassungshöchstdauer bleiben. Abweichende branchenspezifische und betriebsnahe Lösungen müssen weiter möglich sein.

Allerdings darf Zeitarbeit auch nicht zu Lohndumping führen. Je weiter und je länger die Bezahlung von Zeitarbeitnehmern und Stammbeschaft auseinanderfällt, desto schwieriger ist dies unter Gerechtigkeitsgesichtspunkten zu rechtfertigen. Für die CSU-Landesgruppe gilt der Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“. Vor diesem Hintergrund halten wir es für richtig, dass Zeitarbeitnehmer künftig spätestens nach neun Monaten bei der Bezahlung mit der Stammbeschaft gleichgestellt werden. Equal pay nach neun Monaten ergänzt das bestehende Modell der tariflichen Branchenzuschläge und deckt sich mit dem Ansatz der Tarifpartner, die Lohnlücke schrittweise zu schließen.

### **2. Missbrauch von Werkverträgen verhindern**

Auch Werkverträge sind seit Jahrzehnten Bestandteil unserer arbeitsteiligen Gesellschaft. Es gibt keinen Grund, klassische Werkverträge gesetzlich einzuschränken. Entsprechende Vorstöße des Bundesrates aus der vergangenen Legislaturperiode sind gescheitert und wurden nicht weiter verfolgt.

Wird dagegen ein Werkvertrag nur als solcher bezeichnet, obwohl eher eine Arbeitnehmerüberlassung oder ein reguläres Arbeitsverhältnis vorliegt, so ist er rechtswidrig. Konstruktionen, die nur als Werkvertrag geschlossen werden, um arbeitsrechtliche Schutzvorschriften zu umgehen, muss bei der Umsetzung bestehender gesetzlicher Vorschriften effektiv begegnet werden. Die CSU-Landesgruppe will den Missbrauch von Werkvertragsgestaltungen verhindern. Der Koalitionsvertrag bietet den notwendigen und ausreichenden Handlungsrahmen.

### **3. Fachkräftebedarf sichern**

Eine verbesserte Anerkennung von ausländischen Qualifikationen und eine gezielte, bedarfsgebundene Zuwanderung fördern wirtschaftliches Wachstum und den Wohlstand in unserem Land. Wir unterstützen daher Initiativen der Wirtschaft und des Handwerks, bereits Schüler und Jugendliche mit Migrationshintergrund an Berufsbilder heranzuführen, um ihnen den Übergang in das Berufsleben zu erleichtern. Staatliche Maßnahmen zur Förderung der Ausbildungsreife und der Übernahme in ein Arbeitsverhältnis sowie Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen für alle Alters- und Bildungsgruppen müssen dieses Vorhaben ergänzen.

## **Sichere und bezahlbare Energie**

Die Umstellung unserer Energieversorgung auf Erneuerbare Energien, für die sich Deutschland 2011 entschieden hat, läuft bisher sehr erfolgreich. Sie stellt unser Land allerdings auch vor große Herausforderungen. Wie diese bewältigt werden können, wird in Bayern im Rahmen eines Energiedialogs diskutiert. Unser Ziel ist es, auch künftig eine sichere und bezahlbare Energieversorgung zu gewährleisten. Deshalb fordert die CSU-Landesgruppe:

### **1. Markt für elektrische Leistung schaffen**

Um Versorgungssicherheit gewährleisten zu können, brauchen wir auch künftig hocheffiziente, konventionelle Kraftwerke. Bei dem derzeitigen Marktdesign besteht allerdings die Gefahr, dass keine Ersatzkapazitäten in Form von hocheffizienten konventionellen Kraftwerken mehr entstehen. Die CSU-Landesgruppe fordert deshalb, dass nicht nur elektrische Arbeit, sondern künftig auch Kapazität auf einem entsprechenden Markt honoriert werden muss. Für die mittlere Frist haben wir im Koalitionsvertrag festgeschrieben, dass ein entsprechender Kapazitätsmechanismus zu entwickeln ist.

Wir fordern, dass die Bundesregierung dem hierzu bereits begonnenen Diskussionsprozess schnellstmöglich gesetzgeberische Maßnahmen folgen lässt, spätestens bis Sommer 2015. Für die Zeit bis zur Implementierung eines Kapazitätsmechanismus fordert die CSU-Landesgruppe, eine Übergangslösung zu treffen.

Der CSU-Landesgruppe geht es bei der Überarbeitung des Marktdesigns ausdrücklich nicht um die Subventionierung alter Kohlekraftwerke, sondern um einen breitere, das heißt technologieoffene, wettbewerbliche und europakompatible Lösung, die neben gesicherten Erzeugungskapazitäten auch Speicher und Lastmanagement einbezieht. Um dies gewährleisten zu können, müssen wir neben der Entwicklung eines Marktdesigns auch die notwendigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für Speicher schaffen.

## **2. Steuerliche Förderung der Gebäudesanierung zügig und sachgerecht umsetzen**

Im Gebäudebereich liegen enorme Energieeffizienzpotentiale. Diese müssen noch besser genutzt werden. Die CSU-Landesgruppe begrüßt, dass künftig mehr Impulse für die energetische Gebäudesanierung durch eine steuerliche Förderung gesetzt werden sollen. Dieser Schritt ist nach dem Scheitern entsprechender Pläne am rot-grünen Bundesrat vor zwei Jahren längst überfällig. Wir fordern, ihn schnellstmöglich umzusetzen. Eine steuerliche Förderung der Gebäudesanierung wird neben unseren Bürgerinnen und Bürgern auch unserer Wirtschaft zugutekommen, da sie erhebliche Investitionen auslösen wird. Für die Ausgestaltung fordert die CSU-Landesgruppe, dass nicht nur Gesamt-, sondern auch Einzelmaßnahmen förderfähig sein müssen.

## **Bürokratieabbau auf nationaler und europäischer Ebene vorantreiben**

Unnötige Bürokratie kostet unsere Unternehmen Zeit und Geld und verhindert so Investitionen, Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen. Deutschland hat beim Bürokratieabbau in den letzten Jahren viel erreicht. Auch auf europäischer Ebene gab es mit Unterstützung der Stoiber-Gruppe wesentliche Fortschritte. Doch nach wie vor gibt es erhebliches Entlastungspotenzial. Deshalb müssen wir unsere Anstrengungen im Kampf gegen unnötige Bürokratie verstärken. Die CSU-Landesgruppe fordert:

### **1. Bürokratiekostenberechnungen verbessern**

Abgesehen von gesetzlich notwendigen Eilfällen sollten Fristen zur Stellungnahme so bemessen sein, dass der Nationale Normenkontrollrat seinem Prüfauftrag angemessen nachkommen kann. Bei schwerwiegenden Fehlern oder wesentlichen Lücken in den Berechnungen der Bürokratiekosten sollten Gesetzesvorhaben grundsätzlich angehalten werden.

### **2. Eckpunkte zur Entlastung der mittelständischen Wirtschaft von Bürokratie umsetzen**

Die am 11. Dezember 2014 verabschiedeten Eckpunkte zum Bürokratieabbau sollten zügig im Sinne einer nachhaltigen Entlastung der Wirtschaft von Bürokratiekosten umgesetzt werden. Insbesondere die sogenannte „One-in, One-out“-Regelung sollte unverzüglich eingeführt werden, so dass neue Belastungen für Unternehmen durch Regelungsvorhaben nur dann zulässig sind, wenn sie in gleichem Maße an anderer Stelle abgebaut werden. Auch Maßnahmen zur Entlastung von Start-ups und jungen Gründern sollten vorrangig angegangen werden.

### **3. Dokumentationspflichten beim Mindestlohn verringern**

Die Bundesregierung sollte weitere Maßnahmen zur Entlastung der Wirtschaft prüfen und umsetzen. Die Landesgruppe mahnt angesichts der vielfältigen Beschwerden vor allem seitens des Handwerks eine kritische Evaluierung der Dokumentationspflichten beim Mindestlohn an. Ziel sollte eine Verringerung des Bürokratieaufwands für Unternehmen sein. Auch im Bereich der Landwirtschaft sollten Dokumentations- und Meldepflichten einer umfassenden Prüfung mit dem Ziel einer Vereinfachung und Verringerung der Bürokratiekosten unterzogen werden.

### **4. Bürokratieabbau auf europäischer Ebene voranbringen**

Die neue EU-Kommission hat mit der Ernennung von Frans Timmermans zum Ersten Vizepräsidenten mit dem Portfolio für bessere Rechtsetzung und der Berufung von Edmund Stoiber zum Sonderberater für bessere Rechtsetzung deutlich gemacht, dass sie den Bürokratieabbau weiter voranbringen will. Die CSU-Landesgruppe unterstützt die Initiativen zur Verringerung der Belastungen für Unternehmen und die Weiterentwicklung des Ausschusses für Folgenabschätzung hin zu mehr Unabhängigkeit. Angesichts der schwierigen Lage der Wirtschaft in Teilen der EU sollten die Maßnahmen zur Entlastung der Wirtschaft von unnötiger Bürokratie weiter verstärkt werden.

## Erfolgreiche Außenwirtschaft

Unser Wohlstand beruht auf offenen Märkten und freiem Handel. Sie eröffnen Chancen und Möglichkeiten für mehr Wachstum und Beschäftigung und aussichtsreiche Perspektiven für unsere junge Generation.

Die Freihandelsabkommen mit Kanada und den USA sind daher für unsere Außenwirtschaft von zentraler Bedeutung. In Deutschland hängt fast jeder vierte Arbeitsplatz vom Export ab. Auch unsere Landwirtschaft hat ein hohes Exportinteresse. Größter Absatzmarkt für Exporte außerhalb Europas sind die USA. Für Bayern ist der US-Handel besonders wichtig, da wir mit 24 % den größten Anteil an US-Exportwaren halten. Das transatlantische Partnerschaftsabkommen mit den USA soll durch Annäherung der beiden größten Wirtschaftsräume die größte Freihandelszone der Welt schaffen. Für die CSU-Landesgruppe steht fest:

### **1. Chancen für den Mittelstand eröffnen**

Neben den großen Industrieunternehmen würde auch der deutsche Mittelstand durch die Anerkennung gleichwertiger Standards und Normen sowie entsprechender Prüfungs- und Zulassungsverfahren profitieren. Gerade für kleine und mittlere Unternehmen sind der administrative Aufwand und die Zusatzkosten für Doppelprüfungen und mehrfache Zertifizierungen oftmals unüberwindbare Markteintrittsbarrieren.

### **2. Hohe Schutzstandards beibehalten**

Unsere hohen europäischen Schutzvorschriften und Standards – insbesondere in den Bereichen Gesundheit, Sicherheit, Arbeit, Verbraucher, Umwelt sowie kulturelle Vielfalt – stehen nicht zur Disposition. Die gegenseitige Anerkennung gleichwertiger Regelungen heißt eben nicht, dass unsere deutschen und europäischen Standards aufgeweicht oder abgesenkt werden. Mit den Freihandelsabkommen hat Europa die Chance, unsere Werte zu exportieren und gemeinsam mit Kanada und den USA, die Standards für das 21. Jahrhundert zu setzen.

### **3. Öffentliche Daseinsvorsorge unangetastet lassen**

Die öffentliche Daseinsvorsorge soll durch die Freihandelsabkommen nicht berührt werden. Unser Schutzniveau für bestimmte grundlegende Dienstleistungen auf kommunaler Ebene in Bezug auf Wasser, Gesundheit und Bildung in Europa steht nicht zur Debatte.





# Beschluss: Reform von Erbschaftsteuer und Grundsteuer – für einen gesicherten Generationenübergang und gegen Steuererhöhungen

Unsere Familienunternehmen und eigentümergeführten Betriebe sind eine tragende Säule der mittelständisch geprägten deutschen Wirtschaft und Arbeitgeber für mehr als 50 Prozent der Beschäftigten in Deutschland. Dies sind für die CSU gute Gründe, diejenigen Unternehmen von der Erbschaftsteuer zu entlasten, die bei einem Übergang an die nächste Generation Arbeitsplätze weitgehend erhalten. Das Bundesverfassungsgericht hat am 17. Dezember 2014 die geltenden Verschonungsregelungen für Betriebsvermögen zum Erhalt von Unternehmen und Arbeitsplätzen im Grundsatz gebilligt. Dem Gesetzgeber wurde aber aufgetragen, die Regelungen mit Blick auf Großunternehmen, Betriebe mit bis zu 20 Beschäftigten und die Verschonung von Verwaltungsvermögen dem verfassungsrechtlichen Gleichheitsgrundsatz entsprechend auszugestalten. Bundestag und Bundesrat sind aufgefordert, bis zum 30. Juni 2016 neue Regelungen für die Erbschaftsteuer zu erarbeiten. Die CSU-Landesgruppe strebt eine zügige Entscheidung an.

Auch die Regelungen zur Grundsteuer stehen auf dem Prüfstand. Der Bundesfinanzhof hat am 3. Dezember 2014 die Einheitsbewertung des Grundvermögens dem Bundesverfassungsgericht zur Prüfung vorgelegt. Parallel dazu verhandeln die Länder über eine Reform der Grundsteuer. Hierbei zeichnet sich eine Einigung auf ein Modell ab, das sich stark an Verkehrswerten orientiert. Dadurch würde die Ermittlung der Grundsteuer verkompliziert und bliebe intransparent. Eine solche Bemessungsgrundlage birgt zudem die Gefahr, für flächendeckende Steuererhöhungen für Mieter, Wohneigentümer und Wirtschaft genutzt zu werden. Ein solches Modell kann und wird die CSU-Landesgruppe nicht mittragen.

Wir haben im Koalitionsvertrag Steuererhöhungen ausgeschlossen. Dieses Versprechen ist für uns auch bei den anstehenden Reformen von Grund- und Erbschaftsteuer maßgebend. Wir werden nicht akzeptieren, dass der bestehende Reformbedarf von notorisch klammen Bundesländern als Vorwand für Steuererhöhungen missbraucht wird. Wir lehnen eine weitere Belastung der Wirtschaft

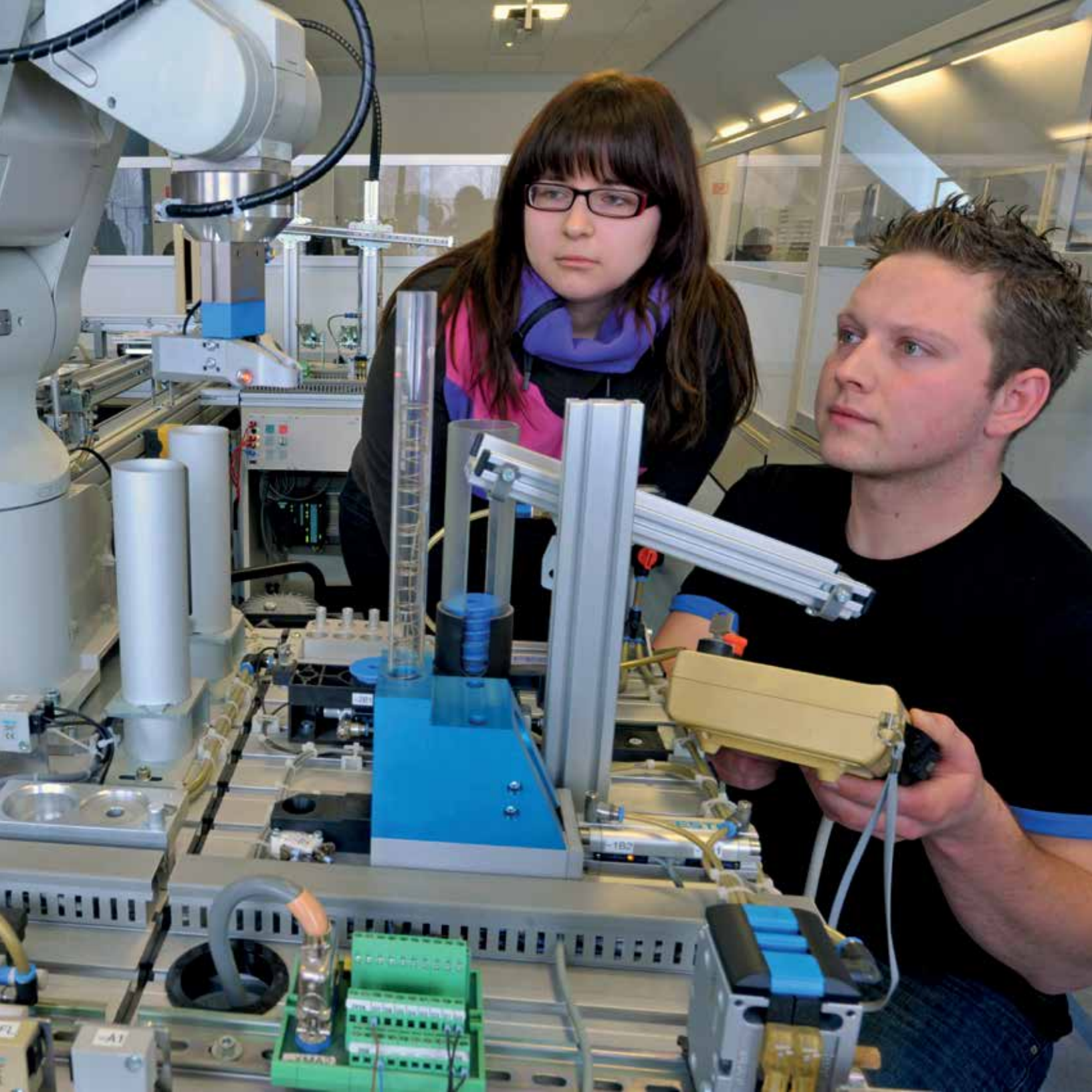
und der Bevölkerung ab. Wir setzen uns weiter für eine Regionalisierung von Grund- und Erbschaftsteuer ein. Es ist nur folgerichtig, dass Steuern, die den Ländern oder Kommunen zustehen, auch von den Ländern selbst bestimmt werden. Öffnungsklauseln für länderspezifische Kompetenzen sorgen für einen vitalen Föderalismus, stärken die Landtage und lassen Spielraum für die unterschiedlichen Gegebenheiten in den Ländern. Die Übertragung der Gesetzgebungskompetenz auf die Länder sollte zumindest bei der Grundsteuer gelingen. Da die Grundsteuer beim jeweiligen Grundstück vor Ort ansetzt, sind steuerliche Gestaltungsmöglichkeiten ausgeschlossen und länderübergreifende steuerliche Sachverhalte die Ausnahme.

## Generationenübergang nicht gefährden

Gerade in Deutschland mit seinen vielen kleinen und mittelständischen Unternehmen sowie bedeutenden Familienunternehmen stellt der Unternehmensübergang im Erbfall häufig auch für die Beschäftigten eine kritische Phase dar. Es ist niemandem gedient, wenn wegen der Erbschaftsteuer ein Unternehmen zerschlagen werden muss und Arbeitsplätze verloren gehen. Die CSU-Landesgruppe tritt deshalb dafür ein, bei der Neuregelung der Erbschaftsteuer die Verschonungsregelungen so weit wie verfassungsrechtlich zulässig zu erhalten und die dem Gesetzgeber vom Gericht ausdrücklich zuerkannten Spielräume bei der erforderlichen zielgenaueren Ausgestaltung der Verschonungsregelungen auszuschöpfen. Dabei müssen auch die Neuregelungen für die Betriebe, die von den Einschränkungen des Bundesverfassungsgerichtes besonders betroffen sind, so gefasst werden, dass auch sie im Erbfall unter Erhalt ihrer Arbeitsplätze fortgeführt werden können. Um den Unternehmen auch weiterhin Planungssicherheit zu geben, müssen die bestehenden Regelungen bis zum Inkrafttreten einer Gesetzesänderung Gültigkeit behalten. Für die CSU-Landesgruppe findet die Erbschaftsteuer ihre Grenzen in der Achtung des Eigentums in Deutschland und der Verantwortung, die Unternehmer in unserem Land für ihre Beschäftigten und Standorte übernehmen. Eine Ausweitung der Erbschaftsteuer mit dem Ziel, möglichst hohe Einnahmen für marode Länderhaushalte zu erzielen, verstößt gegen die verfassungsrechtliche Garantie des Privateigentums und würde ein zentrales Prinzip der sozialen Marktwirtschaft aushebeln.

## Für ein Grundsteuer-Einfachmodell

Ein neues Grundsteuersystem darf weder als Einfallstor für Steuererhöhungen dienen, noch einer neuen Vermögensbesteuerung den Weg bereiten. Bei der Reform der Grundsteuer steht für die CSU-Landesgruppe im Vordergrund, eine möglichst unkomplizierte und für Verwaltung und Bürger gut handhabbare Lösung zu finden. Deshalb wollen wir ein einfaches Steuermodell mit einer wertunabhängigen Bemessungsgrundlage. Eine flächendeckende Bewertung aller Grundstücke führt zu einem Erhebungsaufwand von weit mehr als einer Milliarde Euro und in der Folge auch zu einem erheblichen Vollzugsaufwand. Die Grundstückswerte ändern sich im Laufe der Zeit und führen zu einem schwankenden Aufkommen, Planungsunsicherheit bei den Kommunen und unsteten Belastungen der Steuerzahler. Widmen Kommunen die Nutzung von Grundstücken um, kann dies zudem zu unbeabsichtigten Steuererhöhungen führen. Es kann nicht im Interesse der Kommunen sein, auf diese Weise indirekt in ihrer Planungshoheit eingeschränkt zu werden. Wir fordern, die Gesetzgebungskompetenz bei der Grundsteuer in die Hand der Länder zu geben. Mindestens muss es aber spürbare regionale Gestaltungsmöglichkeiten geben.



# Beschluss: Berufliche Bildung fördern – Fundament unserer Wirtschaft stärken

## Starkes Berufsbildungssystem

Unser betriebliches Ausbildungssystem ist jedem anderen Ausbildungssystem überlegen. Nicht Frankreich, Italien oder Spanien mit hohen Akademikerquoten verfügen über hohe Wirtschaftskraft und geringe Jugendarbeitslosigkeit, sondern Länder mit betrieblichen Berufsbildungssystemen wie die Schweiz, Österreich und Deutschland. Deutschland hat die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit in Europa, Bayern die niedrigste in Deutschland.

Die Vorteile liegen auf der Hand:

- ◆ Die Ausbildungsinhalte richten sich nach dem betrieblichen Bedarf. Was vermittelt wird, wird auch gebraucht.
- ◆ Die Ausbildung erfolgt am Kundenauftrag. Jeder Handgriff hat Relevanz. Der Lernerfolg ist garantiert.

Deshalb setzt sich die CSU-Landesgruppe dafür ein, die betriebliche Berufsausbildung zu stärken. Wir wollen junge Menschen ermutigen, sich für eine betriebliche Ausbildung zu entscheiden, sie auf diesem Weg unterstützen und ihre Karrieren im Berufsbildungssystem fördern. Wir müssen weg von dem Bild, dass primär akademische Abschlüsse anzustreben sind. Es muss das Motto gelten: Lieber eine ordentliche Berufsausbildung als ein schlechtes Studium. Wir brauchen dringender motivierte Mechatroniker als schlechte Bachelor in Betriebswirtschaft. Es darf nicht dazu kommen, dass wir mit dem Hochschulpakt heute den Fachkräftemangel von morgen finanzieren.

## Aktuellen Herausforderungen begegnen

Geburtenrückgang und insbesondere auch die gestiegene Studierneigung setzen das Berufsbildungssystem unter Druck. 2013 blieb jeder fünfte Ausbildungsplatz frei. Jedes fünfte Unternehmen bekam keine einzige Bewerbung auf seine

Lehrstellen mehr. Gleichzeitig arbeitet jeder fünfte europäische Akademiker in einem Beruf, für den kein Studium nötig wäre.

Die Folgen sind schon jetzt spürbar: In 63 von 294 Fachkräftegattungen bestehen zurzeit Engpässe. Für 49 dieser Berufe gibt es eine Ausbildung im dualen System (u.a. Metall, Elektronik, Sanitär, Heizung, Klima, Kfz, Bau, Lebensmittel-Erzeugung/-Verarbeitung/-Vertrieb). Bis 2020 fehlen bis zu 1,4 Millionen Fachkräfte in technischen Berufen - aber nur rund 150.000 MINT-Akademiker.

Deshalb wollen wir in den nächsten Jahren das Berufsbildungssystem und seine Infrastrukturen konsequent und nachhaltig stärken und dafür sorgen, dass es nicht nur im Ausland sondern wieder auch im Inland die ihm gebührende Wertschätzung erfährt.

## Die starken Schulabgängerinnen und Schulabgänger gewinnen

Viele Ausbildungsberufe sind heute hoch anspruchsvoll und deshalb auch attraktiv für Jugendliche mit Studienberechtigung. Modernste Instrumente und Geräte sind im Einsatz, deren Umgang umfassende Kenntnisse und Fertigkeiten verlangt. Oft sind die Arbeitsaufträge mit hoher Verantwortung für die Sicherheit von Menschen verbunden. Damit vor allem Gymnasiasten nicht länger einseitig auf ein Studium eingestimmt werden, wollen wir die bewährten Berufsorientierungsmaßnahmen auch auf die Gymnasien ausweiten. 100.000 junge Menschen brechen jährlich ein Studium ab. Diese Fehlsteuerung gilt es, so schnell wie möglich zu korrigieren.

## Jeden Jugendlichen mitnehmen

Wenn wir Wirtschaftskraft und Wohlstand bewahren wollen, können wir auf keinen Schulabgänger verzichten. Deshalb haben wir im Koalitionsvertrag eine Ausbildungsgarantie für jeden Jugendlichen abgegeben, die mit der Allianz für Aus- und Weiterbildung nun eingelöst wird. Es gilt, alle Talente zu nutzen. Dafür muss es auch weiterhin niederschwellige, möglichst betriebliche und anschlussfähige Qualifizierungsangebote für Jugendliche mit Förderbedarf geben. In der Ausbildung wollen wir Jugendliche und Betriebe stärker unterstützen – zielführende Maßnahmen sind hierfür ausbildungsbegleitende Hilfen und insbesondere für Kleinst- und Kleinbetriebe die Assistierte Ausbildung, bei der die betriebliche Ausbildung durch individuelle Vorbereitungs- und Unterstützungsangebote eines Bildungsträgers flankiert wird.

Bei der Berufswahl und der dazu passenden Bildungslaufbahn spielen nicht nur Freunde, Klassenkameraden, Lehrer und Vorbilder aus der beruflichen Praxis eine entscheidende Rolle, sondern auch Eltern. Aus diesem Grund ist es notwendig, dass die Schulen auch die Eltern in die Berufsorientierungsangebote an den Schulen einbeziehen. Wir wollen auch den Gruppen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund Angebote machen, die bislang nur selten eine Ausbildung aufnehmen, vor allem Frauen aus dieser Gruppe.

Wir setzen uns dafür ein, dass unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen, die sich in Deutschland weiterbilden und beruflich qualifizieren wollen, der Weg zu einem Schulabschluss und einer dualen Ausbildung offensteht. Gut integrierten unbegleiteten Jugendlichen muss die Möglichkeit gegeben werden, eine in Deutschland begonnene Ausbildung auch abzuschließen. Wir müssen aber auch die Betriebsinhaber und Betriebsinhaberinnen mit Migrationshintergrund intensiver ansprechen und für eine Fachkräftegewinnung über das Berufsbildungssystem gewinnen.

Schließlich sollen diejenigen eine zweite Chance erhalten, die im Ausbildungs- oder Hochschulsystem schon einmal gescheitert sind. Im Koalitionsvertrag ist vereinbart, gezielt in die Nachqualifizierung junger Erwachsener ohne Berufsabschluss zu investieren. Deswegen soll die Initiative „AusBildung wird was – Spätstarter gesucht“ als Programm „2. Chance“ fortgeführt werden. Bessere finanzielle Rahmenbedingungen sollen die Bereitschaft fördern, auch in späteren Jahren noch einen qualifizierten Abschluss zu erreichen. Ihre in Betrieb und Hochschule erworbenen Qualifikationen dürfen dabei nicht verloren gehen – egal in welchem Land sie diese erworben haben. Jeder Mensch ist uns wichtig.

## Karrieren fördern

Kein Abschluss ohne Anschluss: Auch im Berufsbildungssystem sind Aufstiege möglich. Meister-, Techniker- und Fachwirtabschlüsse entsprechen Bachelor-Abschlüssen, strategische Professionals (IT-Bereich) Master-Niveau. Im Deutschen Qualifikationsrahmen haben wir dies transparent gemacht. Alle Zeugnisse enthalten seit 2012 einen entsprechenden Hinweis.

Berufliche Fortbildungen sind akademischen Ausbildungen absolut gleichwertig. Deswegen wollen wir sie auch bei der Förderung gleichstellen. So wollen wir die Förderung des Zuschusses zum Unterhalt von 44 auf 50 Prozent und bei den Lehrgangs- und Prüfungskosten von 30 auf 50 Prozent erhöhen.



Darüber hinaus wollen wir zusätzlich diejenigen, die ihre Fortbildungsprüfung bestehen, die Hälfte ihrer Schuld erlassen (bisher 25 Prozent). Der Darlehensanteil reduziert sich damit auf ein Viertel der Gesamtförderung.



Wir sind auf die Fortbildungsabsolventen besonders in den technischen Disziplinen dringend angewiesen. Nicht zuletzt im Handwerk brauchen wir junge Meisterinnen und Meister. In den kommenden 10 Jahren stehen über 200.000 Betriebsnachfolgen an. Die gesellschaftliche Wertschätzung der jungen Frauen und Männer, die Verantwortung für einen Betrieb übernehmen, muss auch in der Fortbildungsförderung sichtbar werden.

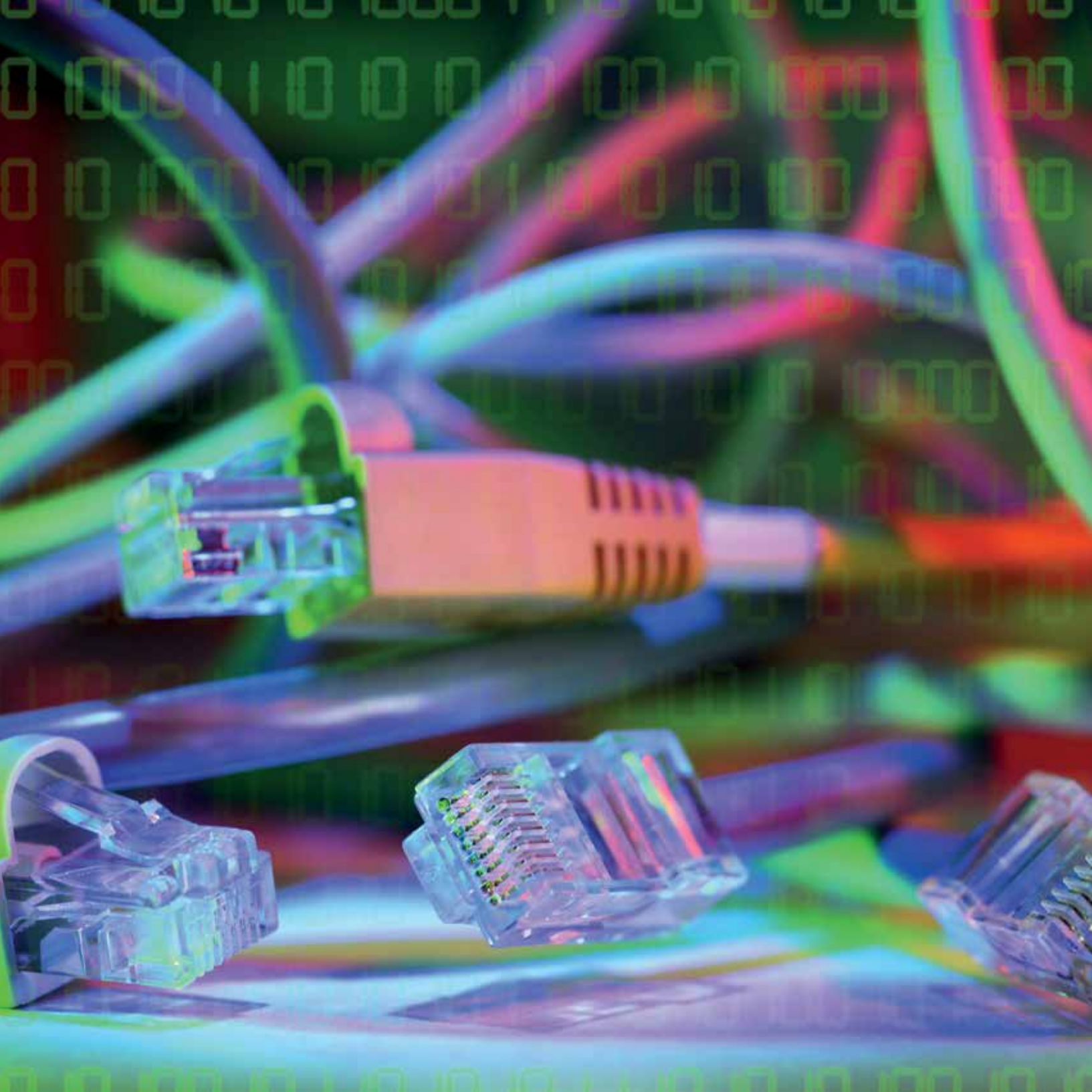
## Durchlässigkeit zwischen den Systemen erhöhen

Betriebliche und akademische Ausbildung schließen einander nicht aus, sondern ergänzen sich. Deswegen fördern wir die Durchlässigkeit und unterstützen die in Bayern schon starken dualen Studiengänge ebenso wie beruflich qualifizierte, die nach einer Ausbildung den Weg an eine Hochschule finden.

Im Hochschulpakt haben wir zuletzt vereinbart, dass sie eine besondere Förderung erfahren sollen. Von den Hochschulen erwarten wir außerdem, dass sie sich noch stärker als Weiterbildungsanbieter positionieren.

Mit dem Programm „offene Hochschulen“ haben wir dafür bereits Anreize gesetzt. Umgekehrt werden wir für akademisch Qualifizierte das Meister-BAföG öffnen, um ihnen eine Karriere im Berufsbildungssystem zu eröffnen.

Die Frage der beruflichen Qualifizierung betrifft das Fundament unserer Wirtschaft und unseres Wohlstandes. Durch die aktuellen Veränderungen im Bildungsverhalten der jungen Menschen hat sich das Verhältnis zwischen beruflicher und akademischer Bildung deutlich verschoben. Die Konsequenzen sind bereits spürbar. Die CSU-Landesgruppe strebt daher an, in einer Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages zur Zukunft der beruflichen Bildung mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie den Sozialpartnern die Entwicklung zu erörtern und die notwendigen Maßnahmen zu identifizieren, um die Fachkräftebasis unserer Wirtschaft mittelfristig zu sichern und zu stärken.



# Beschluss: Schnelles Internet für Stadt und Land

Deutschland hat die Chance auf ein digitales Wirtschaftswunder. Big Data, Industrie 4.0 und neue Start-up-Konzepte gehören ebenso dazu wie die Grundlage dieses digitalen Fortschritts – der Ausbau des schnellen Internets in Stadt und Land.

Die Versorgung der Bevölkerung und Unternehmen mit schnellem Internet bildet die Basis, Deutschland an die Spitze des digitalen Fortschritts zu setzen. Gemeinsam mit Unternehmen, dem Engagement von Bund und Ländern wollen wir Deutschland ins digitale Zeitalter führen.

## Milliarden für den Breitbandausbau: Aufgabe der Unternehmen

Die Breitbandverfügbarkeit von Hochleistungsanschlüssen mit Bandbreiten von mindestens 50 MBit/s liegt bereits bei über 64 Prozent, in städtisch geprägten Regionen sogar bei über 82 Prozent. Wir wollen, dass auch die ländlichen Regionen die Chancen der digitalen Revolution nutzen können. Deshalb ist unser Ziel, bis 2018 eine flächendeckende Breitbandversorgung von mindestens 50 MBit/s zu erreichen. Der Breitbandausbau muss im Wesentlichen durch den Markt erfolgen. Aufgabe des Staates ist, Impulse zu setzen und dort regulierend einzugreifen, wo Wirtschaftlichkeitslücken bestehen.

Wir begrüßen, dass die Telekommunikationsunternehmen bei der Vorstellung des Kursbuches Netzausbau zugesagt haben, 2015 acht Milliarden Euro in den Breitbandausbau zu investieren. Diese Mittel sollten schwerpunktmäßig in den ländlichen Regionen investiert werden, damit wir eine digitale Spaltung unseres Landes vermeiden.

## Milliarden für den Breitbandausbau: Förderung des Bundes

Wir begrüßen, dass die Bundesregierung 2016 bis 2018 zusätzlich zehn Milliarden Euro für Investitionen zur Verfügung stellen wird. Für uns ist wichtig, dass es neben der notwendigen Stärkung der Verkehrsinfrastruktur auch zu einem erheblichen Ausbau der Breitbandinfrastruktur kommt. Da funktionierende Verkehrs- und Datenströme für eine wachsende, zukunftsorientierte Wohlstandsgesellschaft zwingend erforderlich sind, wollen wir den Großteil der zehn Milliarden Euro für Erhalt und Neubau der Verkehrsinfrastruktur sowie für den Ausbau leistungsfähiger Breitbandinfrastruktur zur Verfügung stellen.

Unser flächendeckendes Ausbauziel von 50 MBit/s, das bis 2018 nur im Technologiemix erreicht werden kann, ist für uns nur ein Zwischenziel. Die technischen Anwendungen der Zukunft werden immer höhere Anforderungen stellen, weshalb wir auch nach 2018 Investitionen in leitungsgebundene Netze sicherstellen müssen. Wir brauchen leistungsfähige Verkehrs-, Energie- und Breitbandnetze, damit Deutschland wettbewerbs- und innovationsfähig bleibt und die Menschen weiterhin überall in unserem Land leben und die Chancen der digitalen Revolution nutzen können.

## Milliarden für den Breitbandausbau: Förderung durch die Bundesländer

Der Breitbandausbau in den Bundesländern erfolgt sehr unterschiedlich. Stadtstaaten profitieren davon, dass sich auf engem Raum viele Haushalte befinden. Das gestaltet den Breitbandausbau für die Telekommunikationsunternehmen sehr wirtschaftlich. In den ländlichen Regionen sind vor allem die Bundesländer gefordert, durch geeignete Rahmenbedingungen und zielgenaue Förderprogramme Wirtschaftlichkeitslücken zu schließen.

Bayern hat genau das getan. Die Erfolge können sich sehen lassen: Rund zwei Drittel der bayerischen Haushalte können bereits Hochleistungsanschlüsse von mindestens 50 MBit/s nutzen. Dies wurde u. a. durch die zahlreichen Breitbandmanager erreicht, die insbesondere die Kommunen beim Ausbau von Hochgeschwindigkeits-Internetverbindungen unterstützen. Außerdem hat der Freistaat Bayern ein 1,5 Milliarden Euro schweres Breitbandförderprogramm gestartet. Alle anderen Bundesländer stellen zusammen gerade einmal 500 Millionen Euro zur Verfügung. Das ist zu wenig, um die digitalen Kommunikationsnetze zukunftsfähig zu gestalten. Bayern dagegen hat verstanden: Schnelles Internet ist nicht nur Aufgabe des Bundes. Es ist eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung.

Wir fordern, dass alle Bundesländer – so wie Bayern – eigene Haushaltsmittel für den dringend notwendigen Ausbau von Hochleistungsnetzen zur Verfügung stellen. Außerdem sollen die Länder jährlich einen Bericht veröffentlichen, in dem der Ausbaustand dokumentiert wird und in dem die Länder nachweisen, was sie unternommen haben, um bestehende Wirtschaftlichkeitslücken zu schließen. Wir wollen einen Wettbewerb der Länder, von dem alle profitieren: die Menschen, die Unternehmen und die Kommunen in allen Teilen unseres Landes.

## Stärkung der Kommunen: Förderung kommunaler Betreibermodelle

Zahlreiche Gemeinden haben erfolgreich Betreibermodelle realisiert, in denen sie selbst Glasfaserleitungen verlegt (passive Breitbandinfrastruktur) und diese dann an Telekommunikationsunternehmen vermietet haben. Wir wollen derartige Betreibermodelle unterstützen.

Bei der Erschließung von Neubaugebieten muss die Verlegung von Glasfaserleitungen bis in die Wohnung (FTTH) vorgeschrieben werden. Es muss das Motto gelten: kein Neubau ohne Netzanschluss.

Wichtig ist, dass auch die bestehenden Wohnungen so schnell wie möglich, Hochleistungsinternet nutzen können. Wir wollen, dass mehr Kommunen sich auch bei zu geringer Nachfrage entschließen, selbst Glasfaserleitungen zu verlegen, die sich dann in ihrem Eigentum befinden. Wir sind überzeugt, dass mit einem bestehenden Angebot auch die Nachfrage steigt und sich über die Vermietung der Glasfaserleitungen die Investition refinanziert. Die kommunale Ebene ist für die langfristige Sicherung ihres Standortes mit einer zukunftsgerichteten Breitbandinfrastruktur verantwortlich. Derartige Betreibermodelle wollen wir mit Bundeszuschüssen unterstützen. Wir fordern, dass sich die Länder an diesem Programm, z. B. mit ihrem Anteil aus den Versteigerungserlösen der Mobilfunkfrequenzen (Digitalen Dividende II), beteiligen.

## Digitale Dividende II: Eine große Chance für mobiles Breitband

Durch die weitere Digitalisierung des Rundfunks können zusätzliche Frequenzen freigegeben werden, die vorrangig für die mobile Breitbandversorgung im ländlichen Raum zu nutzen sind. Dies muss bereits bei der Festlegung der Versorgungsaufgaben bei der Frequenzversteigerung berücksichtigt werden.

Wir fordern, dass die Breitbandversorgung entlang der Verkehrswege (Bundesautobahnen und ICE-Trassen) verbessert wird. Davon wird jedoch der ländliche Raum nur in sehr eingeschränktem Maße profitieren. Deshalb wollen wir, dass das heutige GSM-Netz durch ein LTE-Netz ergänzt wird und somit mindestens die in Deutschland bestehenden rund 71.000 Mobilfunkstandorte mit LTE ausgestattet werden. Außerdem fordern wir, dass mindestens in 95 Prozent der Fläche eines Landkreises die neuen Frequenzen zur Verfügung stehen und mindestens 98 Prozent der sich darin befindenden Haushalte die neuen Frequenzen und damit schnelles mobiles Internet nutzen können.

Wir begrüßen, dass der Bund seinen Anteil aus den Versteigerungserlösen der Mobilfunkfrequenzen zweckgebunden in den Ausbau der Breitbandnetze investieren wird. Noch in diesem Jahr werden wir mit dem ersten Bundesförderprogramm starten. Auch die Länder müssen diesem Beispiel folgen und ihren Anteil an der Versteigerungserlösen ebenfalls vollständig für neue leistungsfähige Breitbandverbindungen zur Verfügung stellen. Nutzung von Synergien: Senkung der Ausbaurkosten um mehr als zehn Prozent

Bei der Verlegung von leitungsgebundenen Breitbandverbindungen verursachen die Tiefbauarbeiten etwa 80 Prozent der Kosten. Daher ist es wichtig, Synergien zu nutzen und somit Kosten zu senken.

Im Juni 2014 ist die EU-Richtlinie zur Reduzierung der Kosten des Ausbaus von Hochgeschwindigkeitsnetzen für die elektronische Kommunikation (KostenreduzierungsRL) in Kraft getreten. Deren Ziel ist, durch eine Mitnutzung bestehender anderer Netzinfrastrukturen den Telekommunikationsanbietern einen effizienteren Ausbau von modernen Hochleistungsnetzen zu ermöglichen. Die europarechtliche Umsetzungsfrist läuft bis zum 1. Januar 2016. Wir unterstützen das Bundesministerium für Verkehr und Digitale Infrastruktur dabei, diese Richtlinie bereits bis Mitte 2015 umzusetzen.

Es ist wichtig, dass die Betreiber von Strom-, Gas-, Fernwärme-, Abwasser- und Verkehrsnetzen ausbauwilligen Telekommunikationsnetzbetreibern diskriminierungsfreie Bedingungen zur Mitnutzung ihrer vorhandenen physischen Infrastruktur ermöglichen. Kommt es zum Streit zwischen den Parteien, soll die Bundesnetzagentur angerufen werden, schnell und verbindlich zu entscheiden. Eine Mitnutzung von Trinkwasserleitungen schließen wir jedoch aus.

Neubauprojekte sind grundsätzlich mit dem Breitbandausbau zu koordinieren. Darunter zählt auch die Verlegung von Leerrohren. Wir wollen, dass bei Verkehrsinfrastrukturprojekten (bspw. bei Brückenbau und -sanierung) eine Pflicht zur bedarfsorientierten Verlegung von Leerrohren rechtlich bindend vorgesehen wird.

Derzeit gilt für Glasfaserleitungen, dass die unterirdische Erschließung Vorrang hat. Wir wollen dies für die Regionen aufheben, in denen es noch nicht flächendeckend Glasfaserleitungen gibt. Dadurch könnte man im ländlichen Raum bestehende Oberleitungen für den Strom- oder Telefonanschluss kostengünstig für den Glasfaserausbau nutzbar machen.





# Die 56 CSU-Abgeordneten der 18. Wahlperiode

Albsteiger, Katrin (Burlafingen, Schwaben)  
Auernhammer, Artur (Weißenburg i.B., Mittelfranken)  
Bär, Dorothee (Wahlkreis Bad Kissingen)  
Brandl, Dr. Reinhard (Wahlkreis Ingolstadt)  
Dobrindt, Alexander (Wahlkreis Weilheim)  
Durz, Hansjörg (Wahlkreis Augsburg-Land)  
Fabritius, Dr. Bernd (München, Oberbayern)  
Freudenstein, Dr. Astrid (Regensburg, Oberpfalz)  
Friedrich, Dr. Hans-Peter (Wahlkreis Hof)  
Frieser, Michael (Wahlkreis Nürnberg-Süd)  
Gauweiler, Dr. Peter (Wahlkreis München-Süd)  
Göppel, Josef (Wahlkreis Ansbach)  
Hahn, Florian (Wahlkreis München-Land)  
Hasselfeldt, Gerda (Wahlkreis Fürstenfeldbruck)  
Hoffmann, Alexander (Wahlkreis Main-Spessart)  
Holmeier, Karl (Wahlkreis Schwandorf)  
Irlstorfer, Erich (Wahlkreis Freising)  
Kalb, Bartholomäus (Wahlkreis Deggendorf)  
Karl, Alois (Wahlkreis Amberg)  
Koschyk, Hartmut (Wahlkreis Bayreuth)  
Lange, Ulrich (Wahlkreis Donau-Ries)  
Lanzinger, Barbara (Amberg, Oberpfalz)  
Launert, Silke (Hof, Oberfranken)  
Lehrieder, Paul (Wahlkreis Würzburg)  
Lenz, Dr. Andreas (Wahlkreis Erding-Ebersberg)  
Lerchenfeld, Philipp Graf von und zu (Wahlkreis Regensburg)  
Lindholz, Andrea (Wahlkreis Aschaffenburg)  
Ludwig, Daniela (Wahlkreis Rosenheim)

Mayer, Stephan (Wahlkreis Altötting)  
Meier, Reiner (Tirschenreuth, Oberpfalz)  
Michelbach, Dr. h.c. Hans (Wahlkreis Coburg)  
Mortler, Marlene (Wahlkreis Roth)  
Müller, Dr. Gerd (Wahlkreis Oberallgäu)  
Müller, Stefan (Wahlkreis Erlangen)  
Nüßlein, Dr. Georg (Wahlkreis Neu-Ulm)  
Obermeier, Julia (München)  
Oßner, Florian (Wahlkreis Landshut)  
Radwan, Alexander (Wahlkreis Starnberg)  
Rainer, Alois (Wahlkreis Straubing)  
Ramsauer, Dr. Peter (Wahlkreis Traunstein)  
Rupprecht, Albert (Wahlkreis Weiden)  
Scheuer, Dr. Andreas (Wahlkreis Passau)  
Schmidt, Christian (Wahlkreis Fürth)  
Silberhorn, Thomas (Wahlkreis Bamberg)  
Singhammer, Johannes (Wahlkreis München-Nord)  
Stefinger, Dr. Wolfgang (Wahlkreis München-Ost)  
Stracke, Stephan (Wahlkreis Ostallgäu)  
Straubinger, Max (Wahlkreis Rottal-Inn)  
Strebl, Matthäus (Dingolfing, Niederbayern)  
Uhl, Dr. Hans-Peter (Wahlkreis München-West/Mitte)  
Ullrich, Dr. Volker (Wahlkreis Augsburg-Stadt)  
Weisgerber, Dr. Anja (Wahlkreis Schweinfurt)  
Wöhrl, Dagmar (Wahlkreis Nürnberg-Nord)  
Zech, Tobias (Garching a.d.Alz, Oberbayern)  
Zeulner, Emmi (Wahlkreis Kulmbach)  
Zollner, Gudrun (Wallersdorf, Niederbayern)

# Impressum

## Herausgeber

Max Straubinger MdB  
Parlamentarischer Geschäftsführer  
Platz der Republik 1 · 11011 Berlin  
T 030 227-70212  
F 030 227-76712  
csu-landesgruppe@cducsu.de

## V.i.S.d.P.

Dr. Anne Deter

## Redaktion

Linda Dietze (verantw.), Inge Niebergall, Dr. Benedikt Seidenfuß

## Layout

Christiane Bruns

## Druck

flyeralarm

## Bildnachweis

S. 1 CSU-Landesgruppe; S. 4 Henning Schacht; S. 8 picture alliance (pa)/dpa; S. 10 pa/dpa; S. 12 pa/dpa; S. 14 pa/akg; S. 16 pa/dpa; S. 18 ZDH/Stegner; S. 20 Pressefoto BASF; S. 22 pa/dpa; S. 24 CSU-Landesgruppe; S. 26 pa; S. 31 pa/dpa; S. 34 pa/ZB; S. 42 pa/dpa; S. 44 pa/dpa; S. 46 pa/dpa; S. 48 pa/westend61; S. 51 pa/dpa Themendienst; S. 54 pa/wavebreak media LTD; S. 56 pa/dpa; S. 58 pa/chromorange; S. 66 pa/apa/picturedesk.com; S. 70 pa/dpa; S. 74 pa/dpa; S. 76 pa/blickwinkel; S. 82 Henning Schacht;

Die Fotos sind urheberrechtlich geschützt.

## Stand

Januar 2015



Die Textbeiträge werden den Bedingungen einer Creative Commons Licence veröffentlicht:

Sie dürfen das Textwerk vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen. Es gelten folgende Bedingungen:

## Keine kommerzielle Nutzung

Dieses Werk darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden.

## Keine Bearbeitung

Dieses Werk darf nicht bearbeitet oder in anderer Weise verändert werden.

Diese Veröffentlichung der CSU-Landesgruppe dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

[www.csu-landesgruppe.de](http://www.csu-landesgruppe.de)